

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Schwarze Liste für Steueroasen

Die Finanzminister der Europäischen Union (EU) haben eine "Schwarze Liste" beschlossen, auf der 17 Staaten und Gebiete als Steueroasen angeprangert werden. Diese täten aus Sicht der EU nicht genug, "um Steuerflucht zu bekämpfen", sagte der französische Minister Bruno Le Maire Anfang Dezember vor Journalisten in Brüssel. Die EU arbeitet schon seit April 2016 an der Liste, nachdem über die so genannten "Panama Papers" weltweit verbreitete Praktiken zu Steuerflucht und -vermeidung enthüllt worden waren.

Auf der Liste stehen nach Angaben aus EU-Kreisen folgende 17 Länder und Gebiete: Bahrain, Barbados, Grenada, Macau, die Mongolei, Namibia, Panama, **Guam, Palau, die Marshall-Inseln, Samoa, Amerikanisch-Samoa**, St. Lucia, Südkorea, Trinidad und Tobago, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Nauru und die Föderierten Staaten von Mikronesien stehen bisher noch nicht auf der Liste der Steuersünder. Auch die Cook-Inseln und Vanuatu fehlen, obwohl gerade Vanuatu sich mit der Registrierung von rund 600 Schiffen unter seiner Flagge ein mehr als dubioses staatliches Einkommen geschaffen hat. Auch das Online-Glücksspiel sorgt für zweifelhaftes Einkommen für Vanuatu.

Auf die „Graue Liste“- eine Vorstufe der „Schwarzen Liste“ – schafften es folgende pazifische Inselstaaten: Fidschi, die Cook-Inseln, Nauru, Niue, Vanuatu und auch Neukaledonien.

Sanktionen sind vorerst nicht vorgesehen - die EU setzt auf die "Prangerwirkung" durch die Aufnahme in die "Schwarze Liste". Forderungen, auch EU-Länder in

die Liste aufzunehmen, weist die EU mit Verweis auf gemeinsame Regeln bei Steuerstandards zurück.

(Radio NZ Intern. 06.12.17, AFP 05.12.17, <https://theconversation.com/pacific-islands-shine-light-on-larger-tax-haven-fight-15509>)

Menschenrechtsbericht zu Westpapua erschienen

Mehr als 40 Organisationen in Westpapua, Indonesien, Europa, Australien, Neuseeland und Amerika haben mit ihren Analysen der Menschenrechts- und Konfliktsituation in Westpapua (westlicher Teil der Insel Neuguinea, politisch zu Indonesien gehörig) zum gemeinsamen englischsprachigen Bericht der *International Coalition for Papua* (ICP) und des *Westpapua-Netzwerkes* beigetragen. Der 218-seitige farbig bebilderte Bericht zeigt auf, wie mehrere Menschenrechtsstandards in Westpapua während der letzten zwei Jahre gesunken sind.

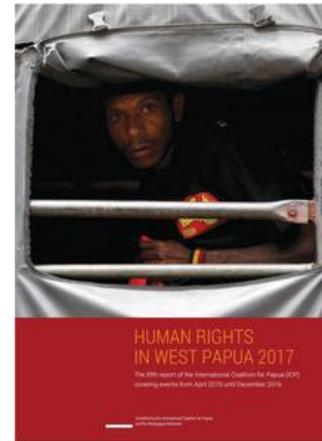
Die Jahre 2015 und 2016 waren charakterisiert durch eine erhebliche Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Westpapua im Vergleich zu den Jahren davor. Berichte örtlicher Menschenrechtsverteidiger beschreiben eine erschreckende Verkleinerung des demokratischen Raums („shrinking space“). Obwohl der indonesische Präsident Joko Widodo die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt und fünf politische Gefangene, die viele Jahre inhaftiert waren, begnadigt hat, schränkt die Polizei selbst die friedlichsten Aktivitäten von politisch Andersdenkenden rigoros ein. Militäraktionen, Folterungen, willkürliche Verhaftungen und Durchsuchungen ganzer Dörfer sind an der Tagesordnung und setzen die Papuas einem ständigen psychischen Druck aus.

Eine indonesisch-sprachige Übersetzung des Berichts wird von dem katholischen Orden *Franciscans International* vorbereitet und ist in Kürze verfügbar.

Hier kann der Menschenrechtsbericht kostenlos heruntergeladen werden:

<http://humanrightspapua.org/hrreport/2017>

(Westpapua Netzwerk online 29.09.17)



50 Jahre Friedenscorps im Pazifik

Bereits seit 50 Jahren engagiert sich das amerikanische Friedenscorps im Pazifik in folgenden Staaten: In Tonga und Samoa seit 1967, in den Föderierten Staaten von Mikronesien seit 1966, in Fidschi von 1968 bis 1998 und dann wieder ab 2003 sowie seit 1990 in Vanuatu.



Anlässlich des langjährigen Engagements fanden in diesem Jahr in Tonga und Samoa Feiern statt. In Tongas Hauptstadt Nuku'alofa enthüllte Prinzessin Piloleva Tuita eine Gedenktafel und nahm die Militärparade ab. Der tongaische Premierminister sagte in seiner Ansprache, in den letzten 50 Jahren hätten die rund 1.600 Freiwilligen des Friedenscorps die Tongaer in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen ganz praktisch unterstützt. Derzeit arbeiten 57 Freiwillige auf Tonga im Bildungssektor. Auf den anderen Inseln engagiert sich das Friedenscorps z.B. in der Jugendarbeit und im Gesundheitswesen.

Info: Das Friedenscorps (Peace Corps) ist eine unabhängige Behörde der Vereinigten Staaten

von Amerika. Seine Aufgabe ist es, das gegenseitige Verständnis zwischen den Amerikanern und den Einwohnern anderer Länder zu beleben. Das Friedenscorps wurde 1961 auf Initiative von John F. Kennedy eingerichtet und im selben Jahr vom US-Kongress als eine permanente unabhängige Behörde anerkannt. Mehr als 200.000 US-Bürger haben bisher im Friedenscorps gedient. Die Freiwilligen verpflichten sich, über 24 Monate im Ausland tätig zu sein. Sie erhalten während dieser Zeit ein dem Einsatzort angepasstes Stipendium zur Deckung des Lebensunterhalts sowie am Ende der zwei Jahre eine Wiedereingliederungshilfe in Höhe von 8.000 US-Dollar. (*Matangi Tonga* 04.10.17, <https://www.peacecorps.gov/countries/#pacific-islands>)

„Stars of Oceania“ vergeben

Anfang Oktober sind im *H. Lee Rex Auditorium* von Pago Pago (US-Samoa) die Auszeichnungen „Stars of Oceania 2017“ vergeben worden. Acht von 13 Preisträgern sind in diesem Jahr Frauen. Der vom *Pacific Business Center* an der Universität von Hawai'i seit dem Jahr 2006 vergebene Preis steht jährlich unter einem Motto. Für 2017 lautete dies: „Triumph through resilience and healing- Good leaders lead, great leaders heal“.

Zu den geehrten Frauen gehörten u.a. die amtierende Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, sowie Fiame Naomi Mata'afa, die stellvertretende Premierministerin von Samoa. Sie sprach in ihrer Keynote-Rede über die Schwierigkeiten, als junge Frau Titel und Erbe ihres Vaters, des ersten samoanischen Premierministers nach der Unabhängigkeit, weiterführen und sich dabei in einer von Männern dominierten Welt behaupten zu müssen. (*Radio NZ Intern.* 10.10.17, <http://www.samoanews.com/local-news/2017-stars-oceania>)

Wachstumsmöglichkeiten für Kleininselnstaaten

Kürzlich hat die Weltbank ihre Machbarkeitsstudie zum wirtschaftlichen Wachstum in den pazifischen Kleininselnstaaten in den nächsten 25 Jahren bis 2040 veröffentlicht,

Das Weltbank-Programm namens „Pacific Possible“ (PP) beschreibt Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum in den vier Bereichen Tourismus, Arbeitsmigration, Fischerei und Wissenstechnologie. Im Vordergrund der Studie stehen einkommensschaffende Maßnahmen in den Kleininselnstaaten, wie etwa die Förderung des Tourismus. Außerdem werden Möglichkeiten benannt, aus dem Fischreichtum in der Region mehr Profit zu schlagen und das Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Dies betrifft vor allem Kiribati, Mikronesien und Tuvalu.

Der Bericht nennt auch Beispiele für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels sowie mit dem Anstieg von nicht-übertragbaren Krankheiten wie Diabetes und Übergewicht.

(*Matangi Tonga* 12.10.17, <http://www.worldbank.org/en/who-we-are/news/campaigns/2017/pacificpossible>)

Keine pazifisch-sprachigen Sendungen mehr

Zum 20. November hat der staatliche australische Rundfunkanbieter *Special Broadcasting Services* (SBS), eine Abteilung der *Australian Broadcasting Corporation* (ABC), seine pazifisch-sprachigen Radio-Nachrichten innerhalb Australiens eingestellt. Dies betrifft die Sprachen te reo Maori (Neuseeland), Cook Island Maori, Tongaisch und Fidschianisch.

In einer Pressemitteilung der SBS heißt es, man müsse sich an die geänderten Gegebenheiten in der Radiolandschaft anpassen und fremdsprachige Sendungen hätten nicht mehr genug Zuhörer.

Ausgenommen von dem Wegfall sind die samoanisch-sprachigen Sendungen, die sich einer breiten Zuhörerschaft in Australien erfreuen, wie eine SBS-Programmchefin mitteilte. (*ABC*, 22.09.17, *Radio NZ Intern.* 22.09.17)

Pacific Islands Report stellt Erscheinen ein

Nach 20 Jahren hat der werktägliche Nachrichtendienst *„Pacific Islands Report“* sein Erscheinen eingestellt. Gegründet wurde der Dienst 1997 am *East-West Center* der Universität von Manoa auf Hawai'i. Mit seiner als E-Mail-Newsletter versandten Zusammenstellung von Nachrichten aus Ozeanien war dieser Service unschätzbar auch für die redaktionelle Arbeit an der *„Pazifik aktuell“*.

Die rund 100.000 Artikel aus den letzten beiden Jahrzehnten sowie ein umfangreiches Bildarchiv sind weiter online abrufbar unter folgender Adresse:

<http://www.pireport.org/articles-search>.

(Pressemitteilung des PIR 26.10.17)



Film aus Flüchtlingslager

Seine Premiere hat der Film *„Chauka, please tell us the time“* Anfang Oktober in London beim *London Film Festival* gefeiert. Das Besondere: Gedreht wurde der Film heimlich mit einem Mobiltelefon von dem im Flüchtlingslager auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) inhaftierten iranisch-kurdischen Journalisten Behrouz Boochani, der seit 2013 auf Manus einsaß und auf die Bearbeitung seines in Australien gestellten Asylantrags wartete.

Boochani hatte aufgrund kritischer journalistischer Tätigkeit aus Angst um sein Leben den Iran 2013 verlassen und war auf einem Flüchtlingsboot vor der Küste Australiens von den Behörden aufgegriffen und nach Manus verbracht worden.

Er schickte die kurzen Filmsequenzen über den Nachrichtendienst WhatsApp an den in den Niederlanden im Exil lebenden Iraner Arash Kamali Sarvestani. Der in Amsterdam tätige Produzent schnitt mit den Mitarbeitern seiner Filmfirma die einzelnen Sequenzen zusammen und unterlegte sie mit Musik. Entstanden ist eine beeindruckende Dokumentation über den langweiligen und trostlosen Alltag der Menschen im Camp auf Manus, das Ende November zwangsgeräumt wurde.

Boochani und Sarvestani haben sich nie persönlich kennengelernt, sondern nur über WhatsApp kommuniziert. Trotz einer offiziellen Einladung nach London zur Filmpremiere und eines Unterstützerbriefes durch australische Senatoren durfte Boochani Manus nicht verlassen, um an der Filmpremiere Anfang Oktober teilzunehmen.

Info: „Chauka“ ist der Name eines auf Manus beheimateten Vogels. Die Manus Islander können mit Hilfe seines Gesangs die Uhrzeit bestimmen, da der Vogel regelmäßig zu gleichen Uhrzeiten singt. „Chauka“ ist zugleich der Name des Bereiches im Flüchtlingscamp, der alleinstehenden Personen zugeordnet war.

Hintergrund: Am 26. April 2016 entschied das Oberste Gericht von Papua-Neuguinea, dass die Flüchtlingslager für Asylbewerber und Flüchtlinge von Australien auf Manus Island verfassungswidrig sind. Am 31. Oktober 2017 wurde das Lager auf Manus offiziell geschlossen. Die 600 Menschen, von denen die meisten offiziell als Flüchtlinge anerkannt wurden, hatten die Verlegung in drei Übergangslager in der Stadt Lorengau (Festland Papua-Neuguinea) abgelehnt und harrten im Camp ohne Wasser- und Stromversorgung aus. Die meisten Flüchtlinge stammen aus Afghanistan, Iran, Pakistan, Syrien und Sri Lanka.

Am 23. November wurde das Lager deshalb von neuguineischen

Polizeitruppen gewaltsam geräumt. Dabei wurde der Journalist Boochani festgenommen und an einen unbekannt Ort gebracht. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen hat sich eingeschaltet. (*Radio NZ Intern. 09.10.17, Tweets des UNHCR, Deutsche Welle 23., 24.11.17, Wikipedia*)



Gesundheitsministerin bekommt WHO-Posten

Die Gesundheitsministerin der Cook-Inseln, Elizabeth Iro, ist im Rahmen der 68. Jahrestagung des Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation WHO für den westlichen Pazifik vom 9. bis 13. Oktober in Brisbane (Australien) zur Leiterin der Pflegedienste (*Chief Nursing Officer*) bei der WHO ernannt worden. Iro ergänzt damit das WHO-Regionalteam unter dem WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus. Dieser hatte bei Amtsantritt versprochen, auch eine Krankenschwester in seinen Beraterstab zu holen, der im Übrigen zu 60 % mit Frauen besetzt ist.

Elizabeth Iro ist gelernte Krankenschwester und Hebamme mit über 30-jähriger Berufserfahrung in Krankenhäusern auf den Cook-Inseln und in Neuseeland. Als Gesundheitsministerin hatte sie seit 2012 auf den Cook-Inseln Gesundheitsreformen angestoßen und den *National Health Strategic Plan 2017-2021* mitentwickelt. Iro hat Masterabschlüsse in Gesundheitsmanagement und

Betriebswirtschaft.

Die Stelle des Chief Nursing Officer bei der WHO war seit 2010 vakant.

(*Cook Islands News 13.10.17, <https://nurseslabs.com/appoints-elizabeth-iro-chief-nursing-officer/>, <http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2017/chief-nursing-officer/en/>*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Meg Taylor im Amt bestätigt

Die neuguineische Rechtsanwältin und Diplomatin Dame Meg Taylor ist im Rahmen der 48. Mitgliederversammlung des *Pacific Islands Forum* (PIF) Anfang September in Samoa erneut zur Generalsekretärin des Forums gewählt worden. Damit tritt sie ihre zweite dreijährige Amtszeit an der Spitze des pan-pazifischen Staatenbündnisses an.

Dame Taylor hat in Australien und an der Harvard Universität in Amerika Jura studiert. Von 1989 bis 1994 war sie neuguineische Botschafterin für Amerika, Mexiko und Kanada. 2014 wurde sie als erste Frau zur Generalsekretärin des PIF gewählt.

Info: Das nächste Treffen des PIF findet 2018 in Nauru statt. (*Radio NZ Intern. 09.09.17, Wikipedia*)

Anfällig für Naturkatastrophen

Papua-Neuguinea steht nach einer Studie zur Anfälligkeit für Naturkatastrophen weltweit auf Platz 10 aller Staaten. Die „Global Disaster Risk Study“ wurde von der *United Nations University* im Auftrag des Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen durchgeführt. Untersucht wurde die Anfälligkeit von Staaten, durch Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Tsunamis, Flutwellen,

Überflutungen von Küstendörfern, Wirbelstürmen, Dürre und Frost geschädigt zu werden. Zudem wurde der Grad der Anfälligkeit für menschengemachte Katastrophen eruiert, also z.B. die Wahrscheinlichkeit von Stammeskämpfen, das städtische Bevölkerungswachstum, zunehmende Armut sowie Schäden in der Landwirtschaft durch Klimawandelfolgen. Schwerpunkte der Studie waren die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssituation sowie der Ausbruch von Krankheiten durch mangelnde Hygiene und mangelnde Vorsorge- und Schutzmaßnahmen.

Die UN-Studie gilt als Vorlage zur Erarbeitung einer „Katastrophenvermeidungsstrategie“ (National Disaster Risk Reduction Framework). Diese wird vom staatlichen *National Disaster Centre* (NDC) aus Port Moresby erarbeitet. Der NDC-Direktor Martin Mose erklärte, man plane zunächst bis 2030 und entwickle auch Strategien, wie mit unabwendbaren Naturkatastrophen umgegangen werden solle.

Info: Nach Angaben der UN gab es in Papua-Neuguinea zwischen 1997 und 2002 63 als Katastrophen eingestufte Vorfälle, von denen 4,1 Millionen Menschen mittelbar betroffen waren. Die Folgen kosteten den Staat 131 Millionen Kina (ca. 40 Mio. Euro). (*Post-Courier* 03.10.17, http://www.pg.undp.org/content/papua_new_guinea/en/home/operations/projects/crisis_prevention_and_recovery/disaster-risk-management.html)

Partnerschaft mit Indonesien

Die Regierung Papua-Neuguineas hat im Dezember ihr Interesse an einer Partnerschaft mit Indonesien im Bereich des globalen marktorientierten Klimaschutzinstrumentes für den internationalen Luftverkehr bekundet.

Das Programm *Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation* (CORSIA) wird

2021 starten, 13 der 21 APEC-Staaten (darunter auch Papua-Neuguinea) nehmen bereits an der Pilotphase ab 2020 teil. Der neuguineische Luftfahrtminister erklärte, man denke über eine bilaterale Partnerschaft mit Indonesien nach, um den Luftverkehr beider Staaten „grüner, sicherer, nachhaltiger und sauberer“ (Zitat) zu machen.

Info: Auf der 39. Vollversammlung der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO, die im Herbst 2016 in Montreal stattgefunden hat, haben sich die 191 ICAO-Mitgliedsstaaten auf ein globales Klimaschutzinstrument für den internationalen Luftverkehr geeinigt. Mit der Verabschiedung der ICAO-Resolution A39-3 wird das globale marktbasierende Klimaschutzinstrument in Form des Offsetting-Systems CORSIA ab 2020 global eingeführt. Damit ist der internationale Luftverkehr die weltweit erste Branche, für die ein globales Klimaschutzinstrument gilt. CORSIA soll dem internationalen Flugverkehr ab 2020 ein CO₂-neutrales Wachstum ermöglichen. Dafür werden ab 2020 die wachstumsbedingten CO₂-Emissionen im Luftverkehr zwischen den teilnehmenden Ländern durch speziell aufgesetzte Klimaschutzprojekte, die unter der Aufsicht der UNO stehen, kompensiert. (*Post-Courier* 11.12.17, <https://www.bdl.aero/download/2407/bdl-positionspapier-zum-icao-klimaschutzinstrument-corsia.pdf>)



Mehr Geld durch Touristen

Eine erstmals durchgeführte Studie zu Touristen (*International Visitor Survey*) hat ergeben, dass Touristen im ersten Halbjahr des Jahres 2017 105 Millionen US-Dollar im Land gelassen haben. Die Befragung ergab zudem, dass Touristen länger im Land bleiben als noch vor einigen Jahren und dass sie eher gewillt sind, viel Geld für Annehmlichkeiten

auszugeben.

Die von der *International Finance Corporation* im Auftrag der Regierung erstellte Tourismusstudie soll dazu dienen, neue Strategien zum weiteren Ausbau des Tourismussektors zu entwickeln. Aufgrund des Negativimages des Landes in internationalen Medien („Stammeskämpfe“, Gruppenvergewaltigungen, „Road Stopps“ etc.) reisen weit weniger Touristen nach Papua-Neuguinea als auf andere, kleinere pazifische Inseln. So kamen im Jahr 2016 nur 197.632 Menschen nach PNG, im Vorjahr 2015 waren es 150 Menschen mehr.

(<http://www.tpa.papuanewguinea.travel/annual-visitor-arrivals-statistics>, *Radio NZ Intern.* 25.09.17)

92 Häftlinge entlassen

Mit dem Urteil von Richter David Cannings vom *National Court* mussten Anfang Dezember 92 Insassen des Gefängnisses Jomba in Madang aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Grund für die Massenentlassung waren nach Angaben des Gerichtes die untragbaren hygienischen Haftbedingungen in den Zellen. Richter Cannings gab der Gefängnisleitung zudem die Auflage, die Zellen sofort grundlegend zu renovieren. Mit der Renovierung des Gefängnisses war bereits zuvor die Firma *Ela Constructions* beauftragt worden. Diese hatte die Arbeit jedoch unterbrochen, weil ausstehende Rechnungen nicht von der Provinzregierung Madangs bezahlt worden waren.

Richter Cannings wies auch auf das geltende Recht in PNG hin. So waren etwa etliche Häftlinge über die 48-Stunden-Grenze für die Untersuchungshaft hinaus im Gefängnis verblieben. In 62 Fällen gab es noch nicht einmal eine ordentliche offizielle Anklage. (*Post-Courier* 11.12.17)

BOUGAINVILLE

Versöhnung der trad. Landeigner

Der Anfang Dezember im Amt bestätigte Vorsitzende der Vereinigung traditioneller Landeigner (Special Mining Lease O-sikaiyang Landowners Association, SMLOLA) auf dem Gebiet der stillgelegten Panguna Gold- und Kupfermine, Philip Miriori, und sein langjähriger Widersacher im Kampf um traditionelle Landrechte auf und um das Minengebiet, Lawrence Daveona von der *Panguna Mine Affected Landowners Association* (PMALA), haben sich mit einer traditionellen öffentlichen Zeremonie unter Leitung des Mediators und Richters Kandakasi ausgesöhnt. In einer von beiden ehemals verfeindeten Klanführern unterschriebenen Erklärung heißt es, man strebe nun mit „vereinten Kräften“ die Zusammenarbeit mit der australischen Bergbaufirma *RTG Mining Inc.* an. Ziel sei es, zum Wohle aller Landeigner sowie zum Wohle des ganzen Volkes der Insel Bougainville die Mine in naher Zukunft wieder zu öffnen und den Abbaubetrieb erneut aufzunehmen.

Seitens des *Autonomous Bougainville Government* (ABG) gibt es derzeit jedoch keine Anzeichen für die Wiedereröffnung der Mine. (PNG Attitude 17.11.13, <http://www.goldseiten.de/artikel/356569-Mr-Philip-Miriori-Confirmed-As-Chairman-of-the-Smlola-with-Formal-Reconciliation-Signed.html>, Pressemitteilung Miriori und Daveona vom 5.12.17)

Neue Publikation

Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Volker Böge aus Brisbane (Australien) hat gemeinsam mit Kollegen für das *Institut for Development and Peace* (INEF) an der Universität von Duisburg-Essen eine englischsprachige Studie zum Friedensprozess auf der Insel Bougainville veröffentlicht.

Die 57-seitige Studie „*Local-International Relations and the Recalibration of Peacebuilding Interventions. Insights from the ‘Laboratory’ of Bougainville and Beyond*“ kann hier kostenlos heruntergeladen werden: https://inef.uni-due.de/media/ir112_boege-rinck-debiel_homepage.pdf

SALOMONEN

Kooperation mit Hafen in Taiwan

Seit September gibt es ein *Memorandum of Understanding* zwischen dem Hafenmeister und der Hafenbehörde von Honiara und dem Hafen von Kaohsiung in Taiwan.

Im Beisein von Premierminister Manasseh Sogavare und des taiwanesischen Außenministers David Lee, unterzeichneten E-randa Kotelewala von der *Solomon Islands Ports Authority* und Shao-Liang Chen vom Kaohsiung Hafen die Kooperationsvereinbarung. Kotelewala sprach von einem „historischen Moment“ für die Salomonen, denn erstmals gebe es nun einen „Schwesterhafen“ in Taiwan. Man wolle auf personeller Ebene zusammenarbeiten mit einem Austauschprogramm, sich gemeinsam fortbilden und sich bei der Verwaltung unterstützen.

Info: Der Hafen Kaohsiung ist ein Tiefwasserhafen und einer der vier wichtigen internationalen Häfen in Taiwan. Das Hafengebiet erstreckt sich über sechs Stadtbezirke und der Güterumschlag macht über die Hälfte des gesamten Güterumschlages von Taiwan aus. Der Kaohsiung-Hafen ist der größte Hafen in Taiwan und der dreizehntgrößte Hafen der Welt. (*Solomon Star* 10.10.17, <https://kh.twport.com.tw/en/>)

Laien-Schauspielerin ausgezeichnet

Regina Lepping von der Langa Lagune in der Malaita Province ist für ihre Rolle in dem Kurzfilm „Blackbird“ mit dem ersten Preis für ihre Schauspielkunst geehrt worden. Die Laien-Schauspielerin bekam den *Best Female Lead* auf dem *Sydney Indie Film Festival* Anfang Oktober im australischen Sydney.

Die 27-jährige spielt die weibliche Hauptrolle in dem Film der australisch-salomonischen Filmemacherin Ammie Batalibasi. In diesem geht es um ein Geschwisterpaar (Lepping in der Rolle der „Rosa“), dass von Blackbirdern auf den Salomonen entführt und auf eine Zuckerrohrplantage in Australien verschleppt wird. Der Film beruht auf wahren Begebenheiten und schildert das Schicksal pazifischer Zwangsarbeiter auf den Plantagen im australischen Bundesstaat Queensland. Hier wurde der Film auch gedreht.



Info: Regina Lepping arbeitet als Pressereferentin im Frauenbüro der Pacific Community auf den Salomonen.

Nebenbei unterhält sie eine kleine Film-Produktionsfirma gemeinsam mit ihrer Zwillingsschwester Georgiana. Sie dreht und produziert Filme und spielt auch oft die Hauptrolle.

Die Pseudo-Doku „Blackbird“ wurde in Queensland gedreht. Schwarz-weiße Fotoaufnahmen von Sklaven aus der Frühzeit der Plantagenbewirtschaftung in Nordaustralien sind in die Handlung eingebunden. Zwischen 1863 und 1904 wurden geschätzte 55.000 bis 62.500 Pazifikinsulaner auf die Plantagen in Queensland gepresst.

„Blackbird“ hat Auszeichnungen auf mehreren Filmfestivals im Pazifik gewonnen.

(<http://amiebatalibasi.com/blackbird/>, SIBS 03.10.17)

FIDSCHI

[Alle Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender des Pazifik-Netzwerkes e.V., Berlin.]



UN-Klimakonferenz unter fidschian. Präsidentschaft

Vom 6. bis zum 17. November 2017 hat unter der Präsidentschaft von Fidschi die 23. UN-Klimakonferenz (COP23) in Bonn stattgefunden. Es war das erste Mal, dass ein pazifischer Inselstaat eine UN-Klimakonferenz ausgerichtet hatte. Da Fidschi die Konferenz aus logistischen Gründen nicht im eigenen Land durchführen wollte, fand sie mit finanzieller und logistischer Unterstützung aus Deutschland in Bonn statt, wo das UN-Klimasekretariat seinen Sitz hat.

An der Konferenz nahmen mehr als 25.000 Menschen aus den 195 Staaten teil, welche die den Klimaverhandlungen zu Grunde liegende Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet haben. Neben den offiziellen Länderdelegationen handelte es sich bei einem Großteil der Teilnehmenden um Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen oder von anderen Institutionen, die als Beobachter zu der Klimakonferenz zugelassen worden waren. Erstmals fand die Konferenz dabei in zwei Zonen statt: In der „Bula Zone“ fanden unter Leitung von Fidschi die offiziellen Verhandlungen statt, während in der „Bonn Zone“ zahlreiche Side-Events durchge-

führt wurden, sich Länder und Organisationen an Pavillons vorstellten und Raum für Austausch zwischen den Delegierten bestand.

Nachdem das im Dezember 2015 verabschiedete Klimaabkommen von Paris bereits Ende 2016 von ausreichend Staaten unterzeichnet worden ist, um in Kraft zu treten, sah der Zeitplan für die COP23 insbesondere die Erarbeitung einer Vorlage für ein Regelbuch zur Umsetzung des Abkommens vor. In dem Regelbuch sollen einheitliche Richtlinien zur Umsetzung oder Vergleichbarkeit der von den einzelnen Ländern zugesagten CO₂-Reduktionen festgelegt werden. Somit standen insbesondere technische Fragen zur Ausgestaltung des Klimaabkommens von Paris im Fokus der Konferenz in Bonn und wurden Texte für das Regelwerk ausgearbeitet.

Die fidschianische Regierung wertet die eigene Präsidentschaft als Erfolg, weil dieser Zeitplan eingehalten werden konnte. Aus der Zivilgesellschaft und von anderen pazifischen Inselstaaten kam aber durchaus auch Kritik an Fidschi. Denn auch wenn Texte für das Regelwerk erarbeitet worden sind, sah der Zeitplan bereits vor der COP23 vor, das finale Regelwerk erst im kommenden Jahr zu verabschieden. Dann wird die Klimakonferenz allerdings von Polen ausgerichtet, einem der Staaten, die in der Kritik stehen, weil sie eine sehr zögerliche Klimaschutzpolitik betreiben. Entsprechend gab es in kleineren Nachbarstaaten von Fidschi, beispielsweise in Tuvalu, die Hoffnung, dass die fidschianische Präsidentschaft ambitioniertere Ziele verfolgt und einen Beschluss des Regelwerks bereits in diesem Jahr durchsetzt.

Abgesehen von der Verabschiedung des Regelwerks gehen von der COP23 aber eine Reihe weiterer Impulse aus. So wurde insbesondere unter Mitarbeit der Zivilgesellschaft ein Gender-Aktionsplan sowie eine Plattform

für die Rechte indigener Völker verabschiedet. Mit den beiden Vorhaben soll Gruppen, die besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, besondere Aufmerksamkeit zukommen und ihre Partizipation in der lokalen, nationalen und internationalen Klimapolitik gestärkt werden. Insgesamt hat Fidschi sich dafür stark gemacht, den Austausch mit der Zivilgesellschaft zu stärken. So nahmen auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Pazifik an der Konferenz in Bonn teil. Darunter befanden sich beispielsweise die sogenannten *Pacific Climate Warriors* der Organisation 350.org, Teilnehmende eines Jugendaustausches mit Fidschi und junge Pazifik-Insulanerinnen und –Insulaner, die im Rahmen eines von der deutschen giz initiierten Projekts unter dem Titel „Pacific Voices in Unison“ auf die gravierenden Folgen des Klimawandels für ihre Heimat und Kultur aufmerksam machten.

So hat die Konferenz tatsächlich wie von der fidschianischen Regierung beabsichtigt von einem „Bula Spirit“ profitiert. Zu diesem Zweck fanden nicht nur zur Eröffnung der Konferenz, sondern auch während der zwei Verhandlungswochen immer wieder traditionelle Kava-Zeremonien sowie kulturelle Beiträge statt, und war das Konferenzgelände fidschianisch geschmückt worden.

Info: Weitere Einschätzungen zu Fidschis Präsidentschaft über die UN-Klimakonferenz finden Sie im Rundbrief des Pazifik-Netzwerks. (eigene Beobachtungen und Gespräche, Berichterstattung in deutschen und fidschianischen Medien während der UN-Klimakonferenz)

Talanoa Dialogue zum Klimaschutz

Zusammen mit Marokko, welches die letzte Klimakonferenz im Jahr 2016 in Marrakech ausgerichtet hatte, hat die fidschianische Prä-

sidentschaft der UN-Klimakonferenz in Bonn (COP23) für Mai 2018 einen globalen Prozess unter dem Namen *Talanoa Dialogue* in die Wege geleitet. Das traditionelle, in weiten Teilen des Pazifiks verbreitete Konzept von *Talanoa* beinhaltet die Idee eines (ergebnis-)offenen und transparenten Austauschs auf Augenhöhe über Meinungsverschiedenheiten hinweg. Dieses Konzept spielte auch während der COP23 bereits eine wichtige Bedeutung in Fidschis Verhandlungsführung. Ziel des Dialogs ist ein Austausch über die nationalen Ansätze zur Reduzierung von CO₂ und Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, um einen Überblick über den Status Quo der derzeitigen Klimaschutzbemühungen und des Umfangs des Bedarfs weiterer Maßnahmen zu erhalten. Nach Berechnungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern steuert die Welt derzeit auf eine durchschnittliche Temperatursteigerung von weit über 3°C zu, sofern keine weiteren Maßnahmen ergriffen würden. Damit würde das im Klimaabkommen von Paris beschlossene Ziel zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2°C und wenn möglich auf 1,5°C klar übertroffen. Gerade für die besonders stark vom Klimawandel und insbesondere Meeresspiegelanstieg betroffenen pazifischen Inselstaaten ist eine Begrenzung auf 1,5°C von großer Bedeutung. Sie hatten erreicht, dass der Zielwert im Jahr 2015 in das Abkommen von Paris aufgenommen wurde.

Bei *Talanoa* muss am Ende nicht unbedingt ein Beschluss oder ein herbeigeführter Konsens stehen, sondern steht der Austausch im Mittelpunkt. Dieses Vorgehen kann somit auch als Versuch verstanden werden, alle Akteure trotz der Ankündigung des Austritts der USA aus dem Abkommen an einem Tisch zu halten und über nationale Interessen hinweg kreative Lösungen zu finden und Partnerschaften zwischen verschiedenen Ländergruppen, die eine Vorreiterrolle übernehmen könnten, zu ermög-

lichen. Dieser Ansatz schließt durchaus an die Grundsätze des Paris-Abkommens an, nach welchem Staaten selbstständig nationale CO₂-Reduktionspläne aufstellen. Gleichzeitig steht er durchaus im Gegensatz zu den lange gerade von den pazifischen Inselstaaten vorangetriebenen Bemühungen nach rechtlich verbindlichen Klimaschutzzielen und Sanktionsmechanismen für Staaten, die sich nicht an die gemeinsam beschlossenen Ziele halten.

Info: Weitere Einschätzungen zu Fidschis Präsidentschaft über die UN-Klimakonferenz und den Talanoa-Dialog finden Sie im Rundbrief des Pazifik-Netzwerks. (eigene Beobachtungen und Gespräche, Berichterstattung in deutschen und fidschianischen Medien während der UN-Klimakonferenz)

Proteste gegen Willkommensfeier für COP23-Delegation

Im Anschluss an die 23. UN-Klimakonferenz ist die fidschianische Regierung in ungewohnt scharfe Kritik geraten. Das eigentlich für Angelegenheiten der indigenen fidschianischen Bevölkerung zuständige *Ministry of iTaukei Affairs* plante eine große Willkommensfeier für die offizielle fidschianische Delegation bei der COP23. Wie der zuständige Staatssekretär Naipote Katonitabua mitteilte, habe das Ministerium 35.000 Fidschi-Dollar (ca. 15.000 Euro) für die Willkommensfeier eingeplant. Dies sorgte insbesondere bei zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern aus Fidschi, die selbst an der COP23 teilgenommen hatten, für ungewohnt deutliche Kritik an der fidschianischen Regierung. Die Verärgerung entlud sich dabei insbesondere in den sozialen Medien, während die Tageszeitungen zurückhaltender berichteten. So wurden in den sozialen Medien vor allem Bilder vom Zyklon „Winston“ im vergangenen Jahr zerstörter Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser geteilt und mit der Auffor-

derung verbunden, das Geld für den stockenden Wiederaufbau anstatt für eine Willkommensfeier zu nutzen.

Der auch für Klimaschutz zuständige Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum – nach Premierminister Voreqe Bainimarama die wohl einflussreichste Person in der fidschianischen Regierung – ruderte darauf hin zurück und stellte klar, die Feier sei kein von der Regierung oder dem Premierminister beschlossenes Vorhaben, sondern die Entscheidung „wohlmeinender, aber vielleicht naiver“ Beamter des *Ministry of iTaukei Affairs* gewesen.

Dennoch wurde die geplante Feier auch von den fidschianischen Oppositionsparteien kritisiert. Der Präsident der größten fidschianischen Oppositionspartei SODELPA und Anführer der Militärputsche von 1987, Sitiveni Rabuka, bezeichnete die Feier auf einer Pressekonferenz als „kindisch“ und als Verschwendung öffentlicher Gelder. Außerdem verwies er darauf, dass die insgesamt einjährige Präsidentschaft Fidschis über die Aktivitäten der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit der jüngsten Klimakonferenz erst begonnen hätte. (*Fiji Times* 23.11.17, 24.11.17, *Fiji Sun* 25.11.17, eigene Beobachtungen in den sozialen Medien)

VANUATU

Einführung von Ausweisen

Im neuen Jahr wird die Ausweispflicht in Vanuatu eingeführt. Grund dafür ist vor allem die missbräuchliche Nutzung von Alkohol und Kava bei Minderjährigen. Eltern schickten ihre minderjährigen Söhne oft am Abend zum nächstgelegenen Kiosk, um dort für sie Zigaretten, Alkohol oder Betelnüsse zu kaufen. Das halte die Kinder vom Hausaufgaben erledigen und vom Schlafen ab. Außerdem begannen die Kinder schon früh mit dem Konsum von Rauschmitteln, wenn der Kauf nicht verboten sei.

Zukünftig müssen alle Menschen, die Alkohol, Betelnüsse und Zigaretten kaufen, einen gültigen Personalausweis vorlegen. Ohne dieses Dokument wird ebenfalls der Zutritt zu Diskotheken, Nachtclubs und Kneipen verboten. Bei Besuch einer Kava-Bar muss der Ausweis künftig ohne weitere Aufforderung beim ausstehenden Gastgeber vorgezeigt werden.

Bereits im Oktober wurden die ersten 600 Ausweise an „Testpersonen“ aus Ambae übergeben. Die Ausweise enthalten neben einem Foto, Namen, Geburtsdatum und Adresse auch einen Chip, mit dem die Daten durch computergestützte Lesegeräte erfasst werden können. Ziel ist es, bis zu den Wahlen 2020 alle volljährigen Einwohner mit Ausweisen ausgestattet zu haben und diese dann gleich für die Anlage des Wählerverzeichnisses und die Wahlformulare zu nutzen. (*Vanuatu Daily Post* 11.09.17, 31.10.17)

Erfolgreiche Evakuierung von Ambae

Die Insel Ambae war nach dem Ausbruch des 1.500 Meter hohen Vulkans Manaro Ende September zwangsgeräumt worden. Alle 10.869 Bewohner in den 2.912 Haushalten auf der Insel wurden evakuiert und mit Booten auf die benachbarten Inseln Pentecost, Maewo, Santo und Malekula verbracht. Über die 400 Quadratkilometer große Insel wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Die Regierung stockte die Gelder des Katastrophenfonds auf, um die Menschen in Behelfs-Zeltlagern auf den Nachbarinseln unterbringen und verpflegen zu können.

Nach dem Ende der vulkanischen Aktivitäten wurde am 21. Oktober mit der Repatriierung der evakuierten Menschen begonnen. Bereits Ende Oktober waren alle Einwohner nach Ambae zurückgekehrt.

Info: Der Schildvulkan Manaro brach zuletzt 2005 aus. Damals mussten 5.000 Menschen ihre Häuser verlassen. Es dauerte drei Monate, bis die letzten Anwohner zurückkehren konnten. Der Staat Vanuatu mit seinen insgesamt mehr als 80 Inseln liegt auf dem sogenannten Pazifischen Feuerring. In dem Gebiet treffen verschiedene Platten der Erdkruste aufeinander.

Ambae ist eine Insel der südwestpazifischen Neuen Hebriden. Sie ist eine der drei Hauptinseln der Provinz Penama sowie die sechstgrößte Insel des Landes.

(*Vanuatu Daily Post* 29.09.17, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/vanuatu_sc_ambae_response_rev_ew_17112017_0.pdf)

ADB-Gelder

Mit einem Darlehen in Höhe von 15,1 Millionen US-Dollar unterstützt die *Asiatische Entwicklungsbank* (Asian Development Bank, ADB) den Anlagenbau zur Nutzung erneuerbarer Energien auf den Inseln Malekula und Espiritu Santo.

Nur rund 33 % der Gesamtbevölkerung von Vanuatu hat Zugang zu Strom, dieser wird meist über Dieselgeneratoren bezogen. Über 75 % der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum und ist somit nicht an die Infrastruktur angeschlossen. Mit den Geldern im Rahmen des Projektes *Vanuatu Energy Access* sollen nun technische Anlagen zur Nutzung von Wasser und Sonne als Stromlieferanten gebaut werden.

(*Radio NZ Intern.* 12.10.17, <https://www.adb.org/projects/49450-008/main>)

Neue Leitung

Die alte-neue Dachorganisation des in Vanuatu ansässigen Dachverbandes der regionalen Nichtregierungsorganisationen (*Vanuatu Non-Government Organisations*, VANGO) hat ein neues Leitungsgremium gewählt. Zum Präsidenten wurde Lai Sakita ernannt, der bereits in früheren Jahren die Geschicke des

Dachverbandes geleitet hatte. VANGO hatte 2010 nach diversen Missmanagement-Vorwürfen und der Veruntreuung von Geldern seine Arbeit eingestellt. Mehrere Versuche in der Vergangenheit, den Dachverband wieder zu beleben, scheiterten. Schließlich mischte sich die Regierung von Vanuatu in die Querelen ein und schaffte es mit Hilfe einer siebenköpfigen Untersuchungskommission unter Leitung eines Beraters aus dem Innenministerium, VANGO neu aufzustellen. Sakita, ein Veteran unter den Polit-Aktivistinnen von Vanuatu, versprach, die Interessen der rund 126 unter dem Dach von VANGO registrierten lokalen NGOs gut zu vertreten. Ihm zur Seite stehen als Vize-Präsidentin Shirley Abraham und als Schatzmeister Amos Kalo. (*Vanuatu Daily Post* 13.07., 29.09.17)



VANGO
Vanuatu Association of Non-Governmental Organisations

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Unabhängigkeitsreferendum: Schritte zu einer „gemeinsamen Erklärung“ und einer Abstimmung im Oktober 2018

Der lange Entkolonialisierungsprozess Neukaledoniens, begonnen mit dem Vertrag von Matignon im Jahr 1988, tritt in seine entscheidende Phase ein. Ein Jahr vor dem Unabhängigkeitsreferendum ist die heikle Frage der Wählerschaft geklärt, nur die Formulierung der genauen Frage für das Referendum bleibt zu definieren.

Beim Treffen der neukaledonischen Delegierten in Paris waren mehr als zehn Stunden nötig, um die Wählerliste festzuschreiben und die automatische Einschreibung der in Neukaledonien Geborenen festzulegen, wichtig für die

Legitimität und die Glaubwürdigkeit des Referendums. Dank der politischen Vereinbarung, die noch in einen juristischen Gesetzestext umgewandelt werden muss, sind 10.000 Personen, die bisher nicht auf der Wählerliste standen, automatisch wahlberechtigt. Dabei handelt es sich um 7.000 Kanak und um 4.000 Nicht-Kanak. Insgesamt werden 169.000 Personen über die Zukunft des Landes abstimmen können: 77.000 Kanak und 92.000 Nicht-Kanak.

Auch wenn die Grenzen fließend sind, die Wahlarithmetik lügt nicht: Der Vorteil liegt bei den Unabhängigkeitsgegnern. Dies kann jedoch in einem Land, wo der Frieden auf wackeligen Beinen steht, eine Zeitbombe darstellen, was viele Politiker in Neukaledonien stark beunruhigt.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich haben die Spannungen zwischen den Extremen der politischen Landschaft Neukaledoniens verschärft. Nimmt man die komplizierte Wirtschaftslage hinzu, in der sich schulisches Versagen und Arbeitslosigkeit vor allem junger Kanak miteinander vermischen, was wiederum zu einer hohen Kriminalitätsrate führt, kann Neukaledonien mit einem Pulverfass verglichen werden, wo das Referendum zu einer Verhärtung der Fronten führt. Mit anderen Worten: Das Referendum, egal wie das Ergebnis ausfällt, sollte von der einen wie von der anderen Seite nicht als Demütigung verstanden werden. In diesem Kontext muss auch der 4-tägige Besuch des französischen Premierministers Edouard Philippe Anfang Dezember 2017 gesehen werden, der auch dazu diente, eine gemeinsame Erklärung der Unabhängigkeitsgegner und -befürworter vorzubereiten. Die Erklärung, die spätestens Ende April 2018 erfolgen soll, möchte gemeinsame Werte aufzeigen und vereinen, nicht entzweien.

Die gemeinsame Erklärung wird insbesondere von der konservativen Partei „*Calédonie Ensemble*“

(CE) gewünscht, die gemeinsam mit der *Rassemblement-LR*, der *MPC* und „*Tous Calédoniens*“ die Fraktion der Unabhängigkeitsgegner bildet. Die beiden CE-Abgeordneten Philippe Gomes und Philippe Dunoyer haben vor Journalisten am 8. November 2017 ihre Absicht unterstrichen, Gespräche für die gemeinsame Erklärung, die sie als Basis für die Zielgerade bis zum Referendum verstehen, zu beginnen. „*Es wäre eine starke Geste in den Augen der Einwohner Neukaledoniens*“, so Gomes und Dunoyer, welche Unabhängigkeitsgegner- und -befürworter vereinen möchten, oder wenigstens die Fraktion der Unabhängigkeitsgegner.

Während Gomes und Dunoyer sich für einen Verbleib Neukaledoniens in der Französischen Republik stark machen, setzt Paul Néaoutyine, der Präsident der Nordprovinz, sich für einen unabhängigen Staat in assoziierter Partnerschaft mit Frankreich ein.

Neben gemeinsamen Werten soll die gemeinsame Erklärung auch das Datum des Referendums festlegen. „*Calédonie Ensemble*“ setzt sich für einen Termin im Oktober und nicht im November ein. Ein Novembertag würde an den Unabhängigkeitskämpfer Éloi Machoro erinnern, der am 18. November 1984 als Zeichen des Boykotts der Territorialwahlen eine Wahlurne mit einer Axt zertrümmert hatte, worauf Unruhen in Neukaledonien ausbrachen. Gomes und Dunoyer erwarten vom französischen Premierminister seine Unterstützung für die Notwendigkeit einer gemeinsamen Erklärung, um einen geordneten Ablauf des Referendums zu ermöglichen.

Doch welche Frage wird beim Unabhängigkeitsreferendum gestellt? Der Inhalt der Abstimmung ist seit dem Vertrag von Nouméa 1998 klar, die genaue Formulierung der Frage ist jedoch noch festzuschreiben. Laut des Vertrages geht es bei der Abstimmung um die Erlangung der staatlichen

Souveränität Neukaledoniens, die Umwandlung der Staatsbürgerschaft in eine Nationalität, um die Übertragung der verbleibenden Hoheitskompetenzen (Außenpolitik, Verteidigung, Justiz, Innere Sicherheit und Währung) sowie um die Erlangung eines internationalen Status als unabhängiger, anerkannter Staat. Das neukaledonische Parlament (der „*Congrès*“) hat letztendlich über die genaue Formulierung zu entscheiden.

Sobald der Termin und die genaue Frage für das Unabhängigkeitsreferendum feststehen, wird der französische Präsident ein letztes Mal Neukaledonien besuchen, voraussichtlich im Mai 2018. Das Datum des Präsidentschaftsbesuchs ist nicht zufällig gewählt, markiert es doch den 30-jährigen Jahrestag des Matignon-Vertrags 1988, mit dem der neukaledonische Bürgerkrieg beendet wurde und bei dem sich der damalige Premierminister Michel Rocard, der Vertreter der Unabhängigkeitsgegner in Neukaledonien, Jacques Lafleur, und der Vertreter der Unabhängigkeitsbefürworter, Jean-Marie Tjibaou, die Hände reichten. Der Handschlag symbolisierte den Beginn eines langen und bisher nicht abgeschlossenen Entkolonialisierungsprozesses, an dessen Ende Neukaledonien über seine Eigenständigkeit abstimmen soll.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Dr. Matthias Kowasch, Graz. <http://outremers360.com/>)

Neue Senatoren in Paris

Am 24. September wurde Gérard Poadja von der neukaledonischen Partei Union Centriste mit 268 von 467 abgegebenen Stimmen in den französischen Senat gewählt. Der 54-jährige Stadtrat der Gemeinde Koné ist erstmals in den Senat gewählt worden. Er ist Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie Präsident der Parlamentariergruppe Frankreich-Vanuatu-Pazifische Inseln.

Ebenfalls in den Senat als Vertreter Neukaledoniens gewählt wurde Pierre Frogier. Er war bereits seit 2011 Mitglied im Senat und wurde am 24. September im Amt bestätigt für seine zweite sechsjährige Amtszeit. Er ist Parteimitglied bei den Republikanern sowie Vizepräsident der Gruppe der Senatoren aus den französischen Überseeterritorien.

Info: Der französische Senat ist das Oberhaus des französischen Parlaments neben dem Unterhaus, der Nationalversammlung. Senatoren werden mittelbar durch etwa 150.000 Abgeordnete und Lokalpolitiker gewählt. Die Zahl der Wähler einer Region ist dabei abhängig von der Bevölkerungszahl, aber nicht proportional zu dieser: Ländliche Regionen haben bei der Wahl im Verhältnis mehr Stimmen als Städte.

Senatoren werden für sechs Jahre als Vertreter ihres Départements gewählt. Sie sind im politischen System Frankreichs an der Gesetzgebung beteiligt, können aber im Zweifelsfall von der Nationalversammlung überstimmt werden. Die Kontrollrechte gegenüber der Regierung sind nur schwach ausgeprägt: Der Senat hat das Recht, sie zu befragen und Berichte zu veröffentlichen, aber keine formellen Sanktionsmöglichkeiten.

(http://www.senat.fr/senateur/poadja_gerard_19319q.html, *Radio NZ Intern.* 25.09.17, *Wikipedia FR*)

MIKRONESIEN

Park als Vorzeigeprojekt ausgezeichnet

Nördliche Marianen: Der Gov. Eloy S. Inos *Peace Park* auf der Insel Saipan ist von der *Construction Management Association of America* (CMAA) mit einem Preis für nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz ausgezeichnet worden. Der bereits im April eröffnete Park entstand auf einer ehemaligen Müllhalde, wo über

40 Jahre lang der kommunale Müll entsorgt wurde. Bereits 1945 nutzte das amerikanische Militär die Müllhalde im Ort Puerto Rico zur Entsorgung von Militärschrott. Für 29 Millionen US-Dollar konnte aus der Müllbrache nun eine Parkanlage entstehen. Benannt wurde die Grünfläche nach dem Vorgänger des jetzigen Gouverneurs. Gouverneur Ralph D.L.G. Torres weihte den Park auch ein. Auf den Grünflächen befinden sich verschiedene Palmarten und Bäume, es gibt Sitzgelegenheiten, Barbecue-Grills, Toiletten und Kinderspielgeräte. Der Park liegt unmittelbar am Meer mit Blick auf die Lagune und die Berge im Landesinneren der Insel. Er ist nach Angaben der Tourismusbehörde nicht nur ein Vorzeigeprojekt für die Stadtentwicklung, sondern auch Anziehungspunkt für Einheimische und Touristen gleichermaßen. (*Marianas Variety* 20.03.17, *Saipan Tribune* 12.10.17)

Gastgeber für Meeressgipfel

Palau: Im Jahr 2020 wird Palau den Meeressgipfel „Our Ocean“ ausrichten. Das wurde am Rande des diesjährigen Gipfels in Malta beschlossen. Präsident Tommy Remengesau, Jr. zeigte sich erfreut über die Wahl Palaus als Ausrichtungsort und versprach, man werde mit Unterstützung der anderen pazifischen Staaten dafür Sorge tragen, die Herausforderungen und Chancen des Pazifischen Ozeans der Weltgemeinschaft gut zu präsentieren.

Info: „Die Our Ocean“-Konferenz ist die alljährliche Zusammenkunft von Führungskräften aus Politik und öffentlicher Verwaltung und Geschäftsleuten aus aller Welt, um sich auszutauschen und tragfähige Lösungen für die Meere und Ozeane der Erde zu erarbeiten. Die Konferenz findet seit 2014 statt. (*Marshall Islands Journal* 13.10.17, *Wikipedia*)



MARSHALL-INSELN

Auszeichnung auf Klimakonferenz

Im Rahmen der Weltklimakonferenz vom 6. bis 17. November in Bonn hat Riyad Mucadam von den Marshall-Inseln den Preis „*Gender Just Climate Solutions #1 Global Technical Solutions Award 2015*“ bekommen. Diesen sollte er bereits vor zwei Jahren entgegennehmen, war aber damals verhindert.

Der promovierte Chemiker, Biophysiker und Ozeanologe bekam den vom Klimasekretariat der Vereinten Nationen und dessen Unterabteilung „Women engaging for a common future“ vergebenen Preis für seine Workshops mit marshallischen Frauen auf den Außeninseln. Mucadam hatte Solarpaneele entwickelt, die Kühlschränke, Gefrierkombinationen und weitere Kleingeräte mit Strom versorgen können. Dazu hatte er einen kleinen Kurs ausgearbeitet, in dem Frauen angeleitet wurden, wie sie ohne Unterstützung durch Techniker die Solarpaneele eigenhändig nutzen, pflegen und reparieren können.

Riyad Mucadam arbeitet derzeit am *MacDiarmid Institute for Advanced Materials and Nanotechnology* an der University of Victoria in Wellington (Neuseeland) an seiner Habilitation. Von 2014 bis 2016 war er *Senior Climate Adviser* im Büro des Präsidenten/der Präsidentin Dr. Hilda Heine auf den Marshall-Inseln. (*Marshall Islands Journal* 24.11.17, <https://about.me/rayxray>)

Selina Leem segelte auf Peace Boat mit

Selina Leem von den Marshall-Inseln war Teilnehmerin bei der Segeltour des „Peace Boat“, das vom 22. September bis zum 16. Oktober auf Europatournee in verschiedenen europäischen Häfen anlegte, um auf die Bedrohung der kleinen Inselstaaten durch den Anstieg des Meeres-

spiegels hinzuweisen. Die ehemalige Studentin am *Robert Bosch College* in Freiburg im Breisgau, die dort im vergangenen Jahr erfolgreich das internationale Baccalaureate abschloss, hat sich zu einer Jugend-Klimabotschafterin der Marshall-Inseln entwickelt und ist weltweit in Sachen Klimagerechtigkeit und Klimawandel unterwegs.

Info: Seit 1983 fährt das von einer japanischen Nichtregierungsorganisation finanzierte „Friedensboot“ (ein ehemaliges Kreuzfahrtschiff für 1.200 Passagiere) weltweit nicht nur Urlaubsziele, sondern auch politisch schwierige Regionen, frühere oder momentane Krisenregionen an. Bei den Landgängen besuchen die Passagiere im Alter von 16 bis 70 Jahren verschiedene Friedensprojekte, auf See halten Gastredner, Journalisten und Wissenschaftler Vorträge. Alles dreht sich um die Themenblöcke Krieg und Frieden, also um alle Arten politischer und gesellschaftlicher Konflikte.

Die Reise im Rahmen der COP23 war zugelassen als offizielles Side-Programm der Jugendklimakonferenz COY13 (Conference of Youth) eine Woche vor Beginn der Bonner Klimaverhandlungen. (<http://peaceboat.org/english/?page=view&nr=241&type=21&menu=62>, Facebook, *Marshall Islands Journal* 20.10.17)



Tony deBrum- Tagungsraum eingeweiht

Am 13. November wurde im Rahmen der Klimakonferenz COP23 in Bonn auf dem Konferenzgelände ein Tagungsraum nach dem im August verstorbenen Außenminister und Klimabotschafter der Marshall-Inseln, Tony deBrum, benannt. An der feierlichen Einweihungszeremonie nahmen neben der deutschen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks auch die Präsidentin

der Marshall-Inseln, Hilda Heine, der Premierminister der Cook-Inseln, Henry Puna, sowie weitere hochrangige pazifische Politiker aus Tuvalu, Tonga und Samoa teil.

Die Zeremonie begann mit einem Gedicht der bekannten Poetry-Slammerin Kathy Jetnil Kijiner von den Marshall-Inseln, einer engen Freundin und Kollegin des Verstorbenen im Kampf gegen den Klimawandel. Hendricks sprach in persönlichen Worten von den zahlreichen Begegnungen mit deBrum auf dem internationalen politischen Parkett und Präsidentin Heine ging auf die durch deBrum erstarkte Rolle der Marshall-Inseln bei den Klimaverhandlungen ein.

Gegen Ende der rund einstündigen Einweihungsfeier wurde ein Videofilm mit Szenen aus dem Leben deBrums eingespielt. Nach einem beeindruckenden Auftritt der *Pacific Climate Warriors* mit einem eigens geschriebenen Gebet und Gesang standen die Teilnehmenden noch lange nach dem offiziellen Ende der Zeremonie bei Kaffee und Tee zusammen und tauschten sich aus. (*Teilnahme Julia Ratzmann an der Zeremonie*)

Polizist erfolgreich fortgebildet

Als erster Polizist der Polizeiwache des Atolls Majuro hat Francis Lenja, Jr. erfolgreich an einer viermonatigen Aus- und Fortbildung an der *Guam Academy* für Polizeikräfte teilgenommen. Lenja bestand gemeinsam mit 15 Kollegen aus dem Pazifik das Training „*First Marine Terrestrial Conservation Enforcement Academy*“ in Guam.

Im Beisein hochrangiger Politiker und Mitglieder der Polizei und Sicherheitskräfte aus vielen mikronesischen Pazifikstaaten erhielten die 16 männlichen Teilnehmer ihre Zertifikate bei einer Feier im *Pacific Star Hotel* in Tumon auf Guam. Lenja wurde besonders für seine Fähigkeiten bei der Erstellung von Einsatzberichten

und seine Treffsicherheit im Umgang mit der Waffe geehrt.

Bei der Fortbildung ging es um den Einsatz auf Patrouillen- und Rettungsbooten in den Meereschutzgebieten des nordwestlichen Pazifiks, wo andere Regeln gelten als außerhalb von Marine-Nationalparks. Außerdem wurde unterrichtet, wie illegale kommerzielle Fischfangflotten aufgebracht werden können, wie Waffen an Bord zum persönlichen Schutz eingesetzt werden können und wie Umweltsünder auf dem Meer (Abkippen von Müll etc.) enttarnt und festgenommen werden können.

Sheriff Willard Lathrop, Oberkommandierender der Polizeikräfte auf dem Atoll Majuro, zeigte sich begeistert von dem guten Abschluss seines Untergebenen und gab an, er wünsche sich mehr Geld, um weitere Kollegen in diesem Bereich fortbilden zu können. (*Marshall Islands Journal* 20.10.17, *Post Guam online* 10.10.17)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

„Klimawandel-Touristen“

Tuvalu: Die Sprecherin der Tourismusbehörde von Tuvalu, Paufi Afelee, beklagt die geringe Zahl von Touristen. Im vergangenen Jahr seien nur 2.000 Ankünfte am Flughafen in Funafuti gezählt worden, darunter auch viele offizielle Entwicklungshelfer. Die meisten Touristen kämen als „Klimawandel-Touristen“. Sie hätten gehört oder gelesen, dass Tuvalu durch den Anstieg des Meeresspiegels akut vom Untergang bedroht sei und wollten sich nun vor Ort selber von der Dramatik der Lage überzeugen. Zwar wolle man keinen Sensations-Tourismus fördern, so Afelee, aber man bemühe sich schon um diese Touristen in der Hoffnung, diese würden nach ihrer Rückkehr von Tuvalus Bemühungen zum Schutz der Inseln berichten und mit persönlichen Reiseerlebnissen auf den Klimawandel aufmerksam machen.

Wie man sich in Tuvalu an die Folgen des Klimawandels anpasse und mit der drohenden Gefahr der Auswanderung umgehe – das sei ein besonderes Merkmal der neun Inseln mit ihren rund 10.000 Einwohnern im Zentralpazifik und mache diese für Touristen attraktiv, warb Afelee um mehr Touristen für Tuvalu. (*Radio NZ Intern. 20.09.17, <http://www.independent.co.uk/travel/news-and-advice/tuvalu-least-visited-place-world-south-pacific-united-nations-kiribati-world-tourism-organization-a7906786.html>*)

Steine aus Nauru

Tuvalu: Die Regierung von Tuvalu hat im Rahmen ihrer Anpassungsmaßnahmen an Klimawandelfolgen 5.000 Tonnen Gestein von Nauru gekauft. Das Geld für

die Steine kommt aus dem *Green Climate Fonds*. Die Steine sollen mit einem Landungsboot in Nauru abgeholt werden.

Mit den Steinen sollen Wälle gebaut werden, die den frisch angelegten *Queen Elizabeth II Park* vor Flutwellen schützen sollen. Der Park wurde als Verschönerungsmaßnahme eingerichtet, da Tuvalu im Jahr 2019 das Gipfeltreffen für die Regierungschefs der Mitgliedsländer im *Pacific Islands Forum* ausrichtet. (*Radio NZ Intern. 22.09.17*)

Masterplan zur Vermeidung von Bränden

Samoa: Anfang November hat die Regierung von Samoa in Kooperation mit der *Pacific Community* ihre neue Strategie zur Vermeidung von Waldbränden und Feuersbrüchen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die stellvertretende Premierministerin und Umweltschutzministerin Fiamē Naomi Mata'afa erklärte den Masterplan, der in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr des australischen Bundesstaates Victoria entstand. Kern der Strategie ist die Vermeidung von Buschfeuern sowie der Verlust von Mensch, Tier und Infrastruktur im Falle von Waldbränden oder Gebäudebränden. Der Masterplan dient der samoanischen *Fire and Emergency Services Authority* als Richtlinie für ihren Einsatz.

Finanzielle Unterstützung zur Ausarbeitung der Feuervermeidungsstrategie kam aus dem Fonds *Building Safety and Resilience in the Pacific*, der aus Geldern der Pacific Community, der Europäischen Union und der Gruppe der AKP-Staaten gespeist wird. (*Pressemitteilung Pacific Community 08.11.17*)

Nationalpark besonders geschützt

Samoa: Der Nationalpark *O Le Pupū Puē* ist offiziell auf die Liste von international bedeutsamen Feuchtgebieten gesetzt worden. Damit genießt das Gebiet einen noch größeren Schutz als bisher. Samoa hat nun bereits zwei Gebiete (von insgesamt neun im Pazifik und 2.313 weltweit) auf der so genannten Ramsar-Liste.

Das Umweltministerium hatte sich seit 2016 für das Feuchtgebiet im Nationalpark eingesetzt. Auf dem knapp 6.000 Hektar großen Gebiet befindet sich einer der letzten unberührten Regenwälder auf der Insel Upolu. Aus Quellen im Wald beziehen mehrere Dörfer ihr Trinkwasser und die Wasserfälle sind ein Anziehungspunkt für Touristen. Im Nationalpark leben auch acht seltene Vogelarten, von denen zwei vom Aussterben bedroht sind. Außerdem gibt es dort ein hohes Aufkommen an endemischen Pflanzen.

Info: Der *O Le Pupū Puē* Nationalpark im Süden der Insel Upolu wurde bereits 1978 als damals pazifikweit erster Nationalpark gegründet. Die 1971 beschlossene *Ramsar-Konvention* bezeichnet das Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel. Es ist ein völkerrechtlicher Vertrag, dessen Ausarbeitung von der UNESCO angestoßen wurde. (*Samoa Observer 11.10.17, <https://www.ramsar.org/>*)

Neue Besitzer des Aggie Grey's Hotel

Samoa: Nach 84 Jahren im Familienbesitz hat die Familie Grey das bekannte *Aggie Grey's Hotel* in Apia auf Upolu (Samoa) an eine asiatische Investorengruppe verkauft. Bisher wurde der Name der neuen Eigentümer noch nicht mitgeteilt. Hotelmanager Mark Francis sagte, es werde alles beim Alten

bleiben. Das Hotel bliebe für immer ein „samoanisches Hotel“ und stehe weltweit als Inbegriff für samoanische Gastfreundschaft. Daran werde auch ein Eigentümerwechsel nichts ändern. Die 200 Arbeitsplätze im Hotel seien nicht bedroht.

Info: Erst im vergangenen Jahr war das *Aggie Grey's* nach millonenschweren Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten an die US-amerikanische Hotelkette *Sheraton* für eine Laufzeit von 20 Jahren übergeben worden. Gegründet wurde das 5-Sterne Luxushotel bereits 1933 von der Halb-Samoanerin Aggie Grey (1897-1988). (*Radio NZ Intern. 27.09.17, Samoa Observer 02.10.17*)

Flugverbindung nach Tonga

Samoa: Noch im November wird die regionale *Real Tonga Airline* die direkte Flugverbindung zu Samoa aufnehmen. Einmal wöchentlich soll dann eine 34-sitzige SAAB 340 zwischen den Inseln verkehren. Bis dato gab es keine Direktverbindung zwischen den Inseln, Flugpassagiere mussten über Fidschi oder Neuseeland fliegen, was meist nur mit einer Übernachtung möglich war. Mit der neuen Verbindung wird sich nach Angaben von Tevita Palu, dem Eigner und Geschäftsführer von *Real Tonga Airline*, der Flugpreis um mehr als die Hälfte reduzieren. (*Matangi Tonga 05.10.17*)



Erdrutschsieg für Pöhiva

Tonga: Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 16. November konnte die Demokratische Partei des amtierenden Premierministers 'Akilisi Pöhiva

ihre bisher nur relative Mehrheit im Parlament massiv ausbauen und verfügt nun allein über eine absolute Mehrheit. Im August hatte König Tupou VI aufgrund immer stärkerer Differenzen mit Pöhiva das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

Insgesamt gewann die Demokratische Partei 14 der 17 das Volk im Parlament repräsentierenden Sitze (jeweils in Einzelwahlkreisen nach dem einfachen Mehrheitsprinzip gewählt). Premierminister Pöhiva verteidigte seinen Sitz im Wahlkreis Tongatapu 1 mit einer satten Mehrheit von 50% gegen zehn Herausforderer. Ebenso konnten alle anderen der 11 bisherigen Abgeordneten seiner Partei ihre Sitze verteidigen. Unter den bisher sechs unabhängigen Abgeordneten konnten lediglich der frühere Vize-Premierminister Siaosi Sovaleni (Wahlkreis Tongatapu 3) sowie Tavita Lavemaau (Insel 'Eua) und Samiu Vaipulu (Wahlkreis Vava'u 15) ihre Sitze halten. Der frühere Finanzminister 'Aisake Eke, der bereits als Anwärter auf den Premierstuhl im Falle eines Sieges der Unabhängigen galt, verlor dagegen den Wahlkreis Tongatapu 5 an die Demokratin Losaline Ma'asi, die neben der wiedergewählten 'Akosita Lavulavu (ebenfalls Demokratische Partei) die einzige andere Frau im neuen Parlament ist. Die bisherigen unabhängigen Abgeordneten Vili Hingano (Wahlkr. Ha'apai 12) und Fe'ao Vakata (Niua-Inseln) verloren ebenfalls ihre Sitze an Herausforderer aus den Reihen der Demokraten.

Von den neun Adelsvertretern, die von den insgesamt knapp 40 Trägern von Adelstiteln gewählt werden, wurden die meisten in ihrem Amt bestätigt, einschließlich des früheren Premierministers und Parlamentspräsidenten Lord Tu'ivakanō. Ausnahmen waren Lord Vaea auf Tongatapu, der von Lord Vaha'i abgelöst wurde, und Lord Tu'iha'ateiho auf Ha'apai, der seinen Sitz an Lord Tu'iha'angano abgeben musste. Interessanterweise wurde Lord Ma'afu, der als Minister für Land-

angelegenheiten in Pöhivas Kabinett von manchen seiner Adelskollegen als Überläufer oder Verräter angesehen wurde, dennoch in seinem Sitz bestätigt.

Das Ergebnis der Wahl zeigt, dass das Vorgehen von Tupou IV und Tuivakanō (der den König zu seiner eigenmächtigen Parlamentsauflösung geraten hatte) klar ein Eigentor für die konservativ-royalistische Fraktion war. Ihre Spekulation darauf, dass das Volk von Pöhivas oft selbstherrlichen Führungsstil enttäuscht sei und die Gelegenheit nutzen würde, ihn durch die Wahl loszuwerden, hat sich nicht bewahrheitet. Ganz im Gegenteil hatte der König durch seine Handlung die Mehrheit der Wähler vor den Kopf gestoßen, und diese hatten daher über Kritikpunkte an Pöhivas Regierungsstil hinweggesehen und aus Trotz gegen die Royalisten mehrheitlich für die Demokraten gestimmt.

Die Demokratische Partei verfügt nun mit 14 von insgesamt 26 Sitzen über eine alleinige Mehrheit und ist nicht mehr wie bisher auf Unterstützung einzelner Adelsvertreter oder unabhängiger Volksvertreter angewiesen. Pöhivas Partei kann also theoretisch ganz allein Gesetze beschließen und sogar die Verfassung ändern. Allerdings hat der König dabei nach wie vor ein Vetorecht. Die Konfrontation zwischen Palast und Staatskanzlei wird sich somit in der kommenden Legislaturperiode wohl noch weiter verschärfen.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: *Matangi Tonga*, eigene Recherchen)

Erstes Symposium für psychisch Kranke

Tonga: Erstmals fand vom 9. bis zum 13. Oktober in der Hauptstadt Nuku'alofa das „*Langi Ma'a: Tonga National Mental Health and Disabilities Symposium*“ statt.

Psychische und körperliche Erkrankungen sind in Tonga ein

Tabu-Thema, über das normalerweise nicht öffentlich gesprochen wird. Behinderte Menschen werden von ihren Familien vor der Öffentlichkeit versteckt gehalten. Umso mutiger war die Rede des 54-jährigen körperlich behinderten Rhema Misser, der in persönlichen Worten beschrieb, wie ausgeschlossen sich Behinderte von der tongaischen Gesellschaft fühlen.

Der Präsident der *Tonga Mental Health and Disabilities Association*, Leonaistasi Hoponoa, sagte, man werde im kommenden Jahr psychische Erkrankungen in den Mittelpunkt von Aufklärungskampagnen und Gesundheitsprogrammen stellen. Eine psychische Erkrankung könne jeden treffen und müsse deshalb auch von der Gesellschaft wahrgenommen und thematisiert werden.

Der australische Botschafter für Tonga, Andrew Ford, nahm an dem Symposium teil und begrüßte die Anstrengungen des Behindertenverbandes, an die Öffentlichkeit zu gehen.

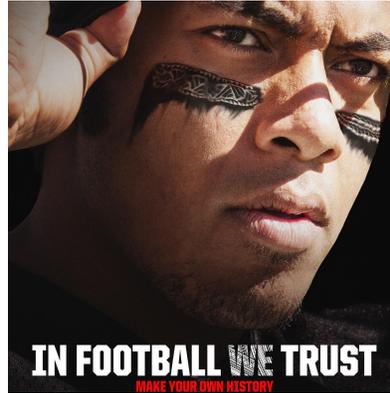
Australien hat im vergangenen Jahr die tongaische Behindertenarbeit mit 21 Millionen Pa'anga (ca. 7,8 Millionen Euro) unterstützt. (*Matangi Tonga 11.10.17*)

Emmy für Tongaer

Tonga: Der amerikanische Filmmacher Tony Vainuku und seine amerikanische Kollegin und Freundin, die Filmproduzentin Erika Cohn, sind bei der 38. Vergabe des Filmpreises *Emmy* am 5. Oktober in New York mit einem Preis für ihre Dokumentation „In Football We trust“ ausgezeichnet worden. Der Sohn tongaischer Immigranten zeigt in diesem Film am Beispiel seines Onkels die Zerrissenheit pazifischer Sportler zwischen Familie, Ruhm und Ehre und dem harten Sportgeschäft.

Der ehemalige Leistungssportler und spätere Marketingspezialist Vainuku erhielt den *News & Documentary Emmy Award* in der

Kategorie „Outstanding Business and Economic Documentary“ für die bereits im Jahr 2015 fertig gestellte Dokumentation über die sportliche Karriere von vier pazifischen American Football-Spielern in Salt Lake City (USA). Der Film zeigt, wie sich die Sportler bemühen, über den sportlichen Erfolg dem familiären Kreislauf aus Gewalt und Armut zu entkommen.



Info: Der *Emmy Award* ist der bedeutendste Fernsehpreis der Vereinigten Staaten und – neben dem *Academy Award* (Oscar) für Film, dem *Tony Award* für Theater und dem *Grammy Award* für Musik – einer der vier großen Preise der US-amerikanischen Unterhaltungsindustrie. Er wird seit 1949 jährlich für die abgelaufene Fernsehseason in mittlerweile über 90 verschiedenen Kategorien vergeben. (*Matangi Tonga 11.10.17*, <http://www.pbs.org/independentlens/blog/tony-vainuku-and-erika-cohn-tell-the-story-of-a-unique-football-culture/>)

Lüdia für „Somewhere in Tonga“

Lünen/Tonga: Beim 28. *Lüner Kinofest* gewann „Somewhere in Tonga“ des deutschen Regisseurs Florian Schewe die *Lüdia*, den mit 10.000 Euro dotierten Filmpreis der Stadt Lünen. Der Produzent Volker Heise und der Filmkomponist Daniel Kaiser hatten den Film über einen Sozialarbeiter und einen schwer erziehbaren Jugendlichen persönlich in Lünen vorgestellt. Auch die Schülerjury 16+ vergab ihren Preis an den auf Tonga gedrehten Fernsehfilm.

Info: „Somewhere in Tonga“ wurde auf den 51. Hofer Filmtagen Ende Oktober uraufgeführt. Der 98 Minuten lange Spielfilm wurde überwiegend auf Tonga mit Amateuren gedreht und beruht auf einer wahren Begebenheit: Der Sozialpädagoge Wolski möchte auf einer unbewohnten Insel im südpazifischen Tonga ein Resozialisierungsprojekt für Jugendliche ins Leben rufen. Er stellt den 16-jährigen Marcel, der seinen Betreuer im Drogenrausch niedergestochen hat, vor die Wahl: Knast oder Südsee.

Info: An den vier Tagen des inzwischen überregional bekannten Lüner Filmfestivals kamen 9.500 Besucher in die knapp 60 Filme in das Lüner Kino *Cineworld*. (*Ruhr Nachrichten 26.11.17*)



Neues Meeresschutzgebiet

Niue: Die seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbundene Koralleninsel Niue hat ein neues Meeresschutzgebiet innerhalb seiner Exklusiven Ökonomischen Zone (EÖZ) eingerichtet. Das rund 126.909 Quadratkilometer große Gebiet umfasst sowohl die Insel selbst als auch rund 40 Prozent der EÖZ. Innerhalb des neuen Schutzgebietes liegt auch das Beveridge Reef, in dem eine der weltweit größten Populationen des grauen Riffhais lebt.

Premierminister Sir Toke Talagi sagte, innerhalb des Gebietes sei der kommerzielle Fischfang künftig verboten. Die Einrichtung des Schutzgebietes sei ein Beitrag Niues zur Bewahrung des Lebensraumes Ozean für künftige Generationen, so der Premier.

Die rund 1.600 Bewohner stünden geschlossen hinter der Entscheidung der Regierung, so ein Sprecher der regionalen Umweltschutzorganisation *Tofia Niue*. Deren Mitglieder hatten sich seit Jahren für die Einrichtung eines Schutzgebietes eingesetzt.

Toke Talagi gab an, das Gebiet von Drohnen überwachen zu lassen, um illegalen Fischfangflotten auf die Spur zu kommen. (*Radio NZ Intern. 06.10., 12.10.17*)

FRZ.-POLYNESIEN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied, Tonga.]

Flosses Partei verliert weitere Mitglieder

Frz.-Polynesien: Die Partei des früheren Präsidenten der Landesregierung, Gaston Flosse, verliert immer mehr Abgeordnete in der Landesversammlung. Bereits im Juni 2017 trat der Präsident der Versammlung, Marcel Tuihani, gemeinsam mit seinem Vater, dem früheren Schatzmeister der Partei, aufgrund von Differenzen mit Flosse aus der Partei aus und ist seitdem fraktionslos. Im September folgte ihm die Abgeordnete Gilda Vaiho-Faatoa. Nur wenige Tage später traten Patricia Amaru und Juliette Nuupure ebenfalls aus der Partei aus, liefen aber im Unterschied zu den beiden zuvor genannten direkt zur Fraktion der regierenden Partei *Tapura Huiraatira* von Präsident Edouard Fritch über. Die Partei des inzwischen 86 Jahre alten Flosse, die bei den letzten Wahlen 2013 eine Zweidrittelmehrheit der Sitze gewonnen hatte, hält damit jetzt nur noch 12 von insgesamt 57 Sitzen in der Versammlung.

Die erst 2015 als Abspaltung von der Tahoeraa gegründete *Tapura* dagegen hat inzwischen mit 33 Sitzen eine stabile absolute Mehrheit. Diese absurd erscheinende Situation ist allerdings für

die Politik des Landes nicht unüblich, da die meisten Politiker nicht klar ideologisch an eine Partei gebunden sind, sondern stets zu der Partei überlaufen, die gerade an der Regierung ist und ihnen damit die meisten Vorteile gewähren kann. (*Tahiti Infos, Radio New Zealand*)

Entkolonisierungsfragen schlagen hohe Welle

Frz.-Polynesien: Während der diesjährigen Anhörung des Entkolonisierungsausschusses der Vereinten Nationen in New York Anfang Oktober wurde erneut der politische Status Französisch-Polynesiens sehr heftig diskutiert. Während Präsident Fritch erneut behauptete, sein Land erfülle alle Bedingungen eines sich selbst verwaltenden Landes und gehöre daher von der Liste der zu entkolonisierenden Territorien gestrichen, erntete er dafür wenig Anerkennung, da die Landesregierung tatsächlich nur Verwaltungsrechte, aber keinerlei Souveränitätsrechte besitzt und die französische Kolonialmacht nach wie vor für alle internationalen Beziehungen des Landes verantwortlich ist.

Der Blog *„Overseas Territories Review“* meinte dementsprechend, Fritchs Äußerungen seien nichts weiter als *„Mätzchen eines kolonialen Anpassers“* (*„Colonial Accommodationist Antics“*). Die fünfzehn anderen Vertreter Französisch-Polynesiens, die bei der Anhörung aussagten, waren alle mit der gleichen Meinung und verurteilten die Einstellung ihres Präsidenten sowie Frankreichs Weigerung, mit den Entkolonisierungsbehörden der UN zusammenzuarbeiten.

Ende November erhielt diese Einschätzung eine zusätzliche Bestätigung, als das Internationale Olympische Komitee in Lausanne auf eine Anfrage nach Subventionen für das lokale olympische Komitee Französisch-Polynesiens mit der Aussage reagierte, dass solange Französisch-Polynesien kein unabhängiger

Staat sei, sein lokales Komitee nicht von Lausanne anerkannt sei und das Land nur unter dem Mantel Frankreichs an internationalen Sportveranstaltungen teilnehmen könne. (*Tahiti Infos, Radio New Zealand, Overseas Territories Review*)

Proteste gegen kommerzielle Fischerei

Marquesas-Inseln: Rund 600 Menschen haben Anfang Oktober auf Hiva Oa (Marquesas-Inseln) gegen die Ausweitung der kommerziellen Fischerei in ihren Küstengewässern protestiert. Grund für den Protest war das von der Territorialregierung in Papeete genehmigte Projekt *„Toa Hiva“*, wonach eine kommerzielle Fischfangflotte mit 24 Thunfischfangbooten im Hafen von Hiva Oa stationiert werden sollte. Diese sollten rund 3.000 Tonnen Thunfisch jährlich einbringen. Ein Regierungssprecher erklärte den Demonstranten, man habe es nur gut gemeint, da durch die Ausweitung des kommerziellen Fischfangs rund 200 lokale Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Die Demonstranten sprachen sich aus Angst vor der weiteren Überfischung ihrer Gewässer trotzdem gegen das Projekt *„Hiva Toa – Marquesas Fisheries Project – 2017-2025“* aus. Sie übergaben dem Regierungssprecher zudem eine von 500 Menschen unterschriebene Petition. Diese war von den Bewohnern der Außeninseln Tahuata und Fatu Hiva unterzeichnet worden. Wegen der großen Distanz konnten sie nicht persönlich zur Demo nach Hiva Oa kommen. (*Artikel von Julia Ratzmann, Radio NZ Intern. 09.10.17, <http://www.codim.pf/en/hiva-toa-marquesas-fisheries-project-2/>*)

Indigene Verwaltung für Nationalpark; neues Meeresschutzgebiet; Rapanui zur Amtssprache erhoben

Rapa Nui: Am 23. November unterzeichnete Chiles Präsidentin Michelle Bachelet ein Dekret, die Verwaltung des Nationalparks Rapa Nui, der knapp die Hälfte der Inselfläche ausmacht, für die nächsten 50 Jahre auf die von der lokalen indigenen Bevölkerung gewählte Gemeinschaftsorganisation Ma'u Henua („Landpflege“) zu übertragen. Im 20. Jahrhundert waren diejenigen Teile der Insel, auf denen sich die berühmten kolossalen Steinfiguren (mo'ai) und andere historische Stätten befinden, zum Nationalpark erklärt und der chilenischen nationalen Forstverwaltung (CORFO) unterstellt worden, ohne dass die Einheimischen dabei konsultiert oder für das ihnen damit weggenommene Land entschädigt wurden. Seit vielen Jahren hatten daher einheimische Aktivisten gegen die staatliche Verwaltung des Nationalparks protestiert, was zu zahlreichen, teils gewaltsamen Konfrontationen geführt hatte. Bereits vor einem Jahr hatte CORFO einen Kompromiss mit den Einheimischen geschlossen, und Ma'u Henua an der Verwaltung beteiligt. Die jetzige volle Übertragung der Verwaltung stellt einen wichtigen Schritt der Wiedergutmachung dar. Doch die Rückgabe des Landes an die Insulaner bleibt weiterhin ungeklärt, da der chilenische Staat weiterhin den Grundbesitz auf dem Gebiet des Nationalparks beansprucht.

Die letzten Monate waren von zahlreichen anderen positiven Schritten in Richtung Selbstbestimmung geprägt. Nach dem Beschluss eines Gesetzes zur Einwanderungskontrolle durch das chilenische Parlament im August (siehe Artikel in der September-Ausgabe der Pazifik aktuell) entschieden die Insulaner Anfang September in einer Volksabstimmung die Errichtung

eines Meeresschutzgebiets um Rapa Nui, in dem Fischfang nur noch von Einheimischen mit nicht-industriellen Mitteln erlaubt ist. Das Meeresschutzgebiet soll gemeinsam von Vertretern der Inselbevölkerung und dem chilenischen Staat verwaltet und überwacht werden.

Des Weiteren hatte der Gemeinderat der Insel im August beschlossen, Rapanui zur Amtssprache der Gemeindeverwaltung zu machen, was Bürgermeister Petero Edmunds am 18. November durch einen Erlass in Kraft setzte. Bisher wurden alle offiziellen Dokumente ausschließlich in Spanisch abgefasst. Der politische Opportunist Edmunds hatte sich in letzter Zeit wieder zunehmend nationalistisch positioniert und beispielsweise die oben genannten Reformen der Zentralregierung als zu langsam kritisiert, während gleichzeitig der Name der Gemeinde offiziell von Isla de Pascua („Osterinsel“) in Rapa Nui geändert worden war. (*Gobernación de Isla de Pascua, La Tercera*)

HAWAI'I

Internationale Kommission zur Faktenermittlung steht, wird aber behindert

Für die geplante Wiederaufnahme des Falles *Larsen v. Hawaiian Kingdom* am Ständigen Schiedshof in Den Haag (siehe Berichte in den beiden letzten Ausgaben dieser Zeitschrift) haben sich weitere Hürden ergeben.

Nachdem die von dem Politikwissenschaftler Keanu Sai geleitete geschäftsführende Regierung des Hawaiischen Königreichs zwei renommierte Völkerrechtler als Rechtsvertreter engagieren konnte, wurde Mitte Oktober eine Kommission aus drei weiteren Völkerrechtsexperten gebildet, die unter Schirmherrschaft des Ständigen Schiedshofes (Permanent Court of Arbitration, PCA) in Den Haag in Honolulu tagen werden, um festzustellen, welche Ver-

pflichtungen Sais provisorische Regierung, die der Haager Gerichtshof bereits 2001 als eine legitime Regierung anerkannt hatte, gegenüber den Staatsbürgern Hawai'is hat. Dies vor dem Hintergrund, dass Hawai'i seit Ende des 19. Jahrhunderts von den USA ohne rechtliche Grundlage okkupiert wird. Bei den Kommissionsmitgliedern handelt es sich um William Schabas (Professor für Völkerrecht an der Middlesex University in London und der Universität Leiden, Niederlande), Pierre D'Argent (Professor an der Universität von Louvain in Belgien) und Jean d'Aspremont (Lehrstuhlinhaber an der Universität von Manchester).

Nachdem bereits der Termin (Mitte Januar) und die Örtlichkeiten (Nebengebäude des Königspalasts in Honolulu) für die Tagung der Kommission festgesetzt worden waren, stellte sich auf einmal Hugo Hans Siblesz, der Generalsekretär des PCA, quer und weigerte sich, der Kommission eine offizielle Legitimation zu erteilen. Auf Anfragen argumentierte er, Nicht-Mitglieder der UN fielen nicht unter die Zuständigkeit des Gerichtshofs. Diese Argumentation war höchst eigenartig, da das Hawaiische Königreich ja bereits 2001 vom PCA als staatliche Partei anerkannt worden war, ohne Mitglied der UN zu sein. Nachforschungen bewiesen, dass der PCA (der lange vor der UN gegründet wurde) durchaus für Staaten zuständig sein kann, die nicht UN-Mitglieder sind. Die Argumentation war lediglich vor ein paar Jahren von Israel und den USA vorgebracht wurden, um die Teilnahme Palästinas an Prozessen des PCA zu verhindern, doch dieses Argument wurde verworfen und Palästina ist heute vom PCA anerkannt. Damit war klar, dass Siblesz einseitig die Interessen der USA (die verständlicherweise die formelle Einsetzung der Untersuchungskommission zu Hawai'i verhindern wollen) vertat.

Das Ganze schlug hohe Wellen in der internationalen Diplomatie, denn ein bisher nicht namentlich genannter Staat legte daraufhin Beschwerde gegen Siblesz wegen Voreingenommenheit ein. Bis das Problem geregelt ist, ist die Tätigkeit der Kommission bis auf weiteres auf Eis gelegt.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Dr. Lorenz Gonschor, Tonga. Quellen: Hawaiian Kingdom blog, eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Ehrendoktor für Maori-Anwalt

Der Maori Moana Jackson erhält im Dezember für seine Verdienste um die Auslegung des „Treaty of Waitangi“ sowie für seinen juristischen Einsatz für die Rechte indigener Völker von der *Victoria University of Wellington* die Ehrendoktorwürde.

Jackson graduierte 1969 als einer der ersten Maori mit einem Juraexamen an der Victoria University. 1987 war er einer der Mitbegründer des „Maori Legal Service“ (Nga Kaiwhakamarama I Nga Ture), dessen Direktor er bis dato ist. Der Rechtsexperte ist auch weltweit anerkannt für seine Beratungstätigkeit in Sachen Indigenenrechte. So war er u.a. an der Verfassung der *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* beteiligt. 1993 war er als Richter tätig beim Internationalen Tribunal für die Rechte indigener Hawaier in Hawai'i. Ebenso beriet er nach dem Friedensabkommen die Regionalregierung der neuguineischen Insel Bougainville bei der Ausarbeitung eines regionalen gesetzlichen Regelwerkes.

Derzeit unterrichtet Jackson Maori-Recht und Philosophie an einer Maori-Universität in der Sprache der Maori. (Maori TV 21.11.17, *Wikipedia*)

Erster Doktor in te reo Maori

Der 27-jährige Vini Olsen-Reeder schreibt als erster Student überhaupt an der *University of Victoria* in Wellington seine Doktorarbeit in der Sprache der Maori, dem te reo Maori. Vor sieben Jahren hatte der Maori sein Musikstudium geschmissen und war auf der Suche nach seiner Identität erstmals im Marae seiner Familie väterlicherseits gewesen. Die in te reo Maori vorgetragene Genealogie seiner väterlichen Familie (*whakapapa*) bezeichnete Olsen-Reeder als Initialzündung für sein Interesse an der Kultur der Maori. 2008 begann der englische Muttersprachler mit dem Sprachstudium des Maori.

Ende des Jahres wird Olsen-Reeder seine Promotion abschließen. In seiner Doktorarbeit untersucht er, inwieweit die Zweisprachigkeit von Maori bei der Wiederbelebung des te reo Maori eine Rolle spielen kann. Außerdem geht er der Frage nach, in welchen Kontexten bilinguale Neuseeländer sich für den Gebrauch des te reo Maori entscheiden.

Bereits vor Abschluss seiner Arbeit hat Vini Olsen-Reeder eine Dozentur an der *University of Victoria* angenommen: Er unterrichtet an der *School of Maori Studies* an der Victoria die Studierenden im te reo Maori. Außerdem organisiert er die jährliche „Language Week“ in Wellington. Der bereits in akademischen Kreisen mehrfach ausgezeichnete Olsen-Reeder ist zudem Autor historischer Fiktion sowie Dichter, Sänger und Song-Texter.

(<https://www.victoria.ac.nz/maori/about/staff/vini-olsen-reeder>, <http://www.maoritelevison.com/news/region/te-reo-maori-thesis-first-victoria-university>, *Stuff NZ* 14.09.17)

Neues Rettungsschiff für Niue

Die neuseeländische Küstenwache hat der Insel Niue ein modernes Küstenrettungsschiff zur Verfügung gestellt und drei Niueaner in den technischen Gebrauch des Bootes eingewiesen. Das Seenotrettungsboot kann auf Frachtern verladen werden und bei sehr hoher See von diesen an den entsprechenden Einsatzort gebracht werden. Aufgrund seiner Wendigkeit und seiner modernen Einrichtungen an Bord kann das Boot auch bei schlechten See- und Wetterbedingungen zur Rettung eingesetzt werden. Mit dem Boot kann auch nach auf See vermissten Personen gesucht werden.

Ein Sprecher der neuseeländischen Küstenwache gab an, man wolle zukünftig auch Personal auf anderen pazifischen Inseln ausbilden. Eine gute Ausbildung sei neben einem modernen Rettungsboot die Grundlage für eine erfolgreiche Seenotrettung. (*Radio NZ Intern.* 15.09.17)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Swim for West Papua: Petition an UN übergeben

Genf/New York: Die britische Nichtregierungsorganisation "Free West Papua Campaign" hat den Vereinten Nationen (UN) eine historische Petition vorgelegt, welche die UN dazu anhält, gegen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua aktiv zu werden und das Recht indigener Papuas auf Selbstbestimmung wahrzunehmen. Die weltweite Petition wurde im Januar 2017 im britischen Parlament unter der Leitung des Papua-Unabhängigkeitsführers Benny Wenda von der *United Liberation Movement for West Papua* (ULMWP) ins Leben gerufen.

Am 28. August 2017 hatte die "Free West Papua Campaign" eine Schwimm-Aktion organisiert, bei der das historische Dokument von sechs Schwimmerinnen und Schwimmern über den Genfer See gebracht wurde. Drei Tage später geleiteten die Schwimmer die Petition zusammen mit Benny Wenda und einer Gruppe von Papua-Aktivistinnen in einem symbolischen Akt zum Büro der Vereinten Nationen in Genf.

Einer öffentlichen Erklärung auf der Webseite von Benny Wenda zufolge, übergaben ULMWP-Sprecher Benny Wenda und ULMWP-Exekutivmitglied Rex Rumakiek die Petition später an einen hochrangigen UN-Vertreter in New York. Benny Wenda erklärte „*Ich habe sie [die Petition] auch an das Sekretariat des Dekolonisierungsausschusses (C-24) und des Sonderkomitees für Politik und Dekolonialisierung (Viertes Komitee) der UN Generalversammlung übermittelt, und die Vereinten Nationen darum gebeten, die Situation in Westpapua neu zu beurteilen.*“

Die britische Tageszeitung 'The Guardian' veröffentlichte am 27. September 2017 einen Artikel über die Petition und deren Übergabe an den Dekolonisierungsausschuss der Vereinten Nationen. Allerdings wurde die Übergabe vom Vorsitzenden des C-24 Ausschusses, Rafael Ramirez, am 29. September 2017 in einem Interview mit Journalisten der indonesischen Tageszeitung 'Jakarta Post' relativiert, indem er betonte, dass ihn als Vorsitzenden persönlich keine Petition erreicht hätte. An anderer Stelle betonte Ramirez, dass sein Ausschuss nicht über den Inhalt der Liste der zu dekolonisierenden Gebiete zu entscheiden hätte, sondern sich nur um die von der UN-Generalversammlung beschlossene Liste kümmern würde.

Die Petition, die an den UN-Generalsekretär adressiert ist, fordert von der UN "einen Sondergesandten zu ernennen, um die Menschenrechtssituation in Westpapua zu untersuchen" und

"Westpapua auf die Agenda des Dekolonisierungsausschusses der UN zu setzen und sicher zu stellen, dass das Recht auf Selbstbestimmung indigener Papuas - ein Recht, das ihnen 1969 versagt wurde - respektiert werde, indem eine internationale überwachte Abstimmung abgehalten wird (in Einklang mit Resolution 1514 und 1541 (XV) der UN-Generalversammlung."

Benny Wenda erklärte, dass die Petition von 1.804.421 Menschen (!) unterstützt wurde. Interessanterweise haben nicht nur 1.708.167 indigene Papuas, sondern auch 96.254 Indonesier nicht-papuanischer Abstammung die Petition unterzeichnet. Sollten diese Zahlen stimmen, entspricht die Anzahl der Unterschriften indigener Papuas nach neuesten unabhängigen Untersuchungen durch den australischen Demographen Jim Elmslie geschätzte 70,88 % der gesamten indigenen Bevölkerung Westpapuas.

Die indonesische Regierung hatte schnell auf die Online-Petition reagiert, indem sie die entsprechende Webseite in ganz Indonesien sperrte. So wurde eine ausgedruckte Version der Petition heimlich "von einem Ende Papuas zum anderen umher gebracht", so Wenda.

Der Sprecher des indonesischen Außenministeriums, Arrmanatha Nasir, versuchte, die Petition herunterzuspielen, indem er sie einen "PR-Gag, dem es an jeglicher Glaubwürdigkeit fehle" nannte und betonte, dass "Papua ein integraler Bestandteil Indonesiens sei, laut der Resolution 2504 (XXIV), die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1969 verabschiedet wurde."

(<https://www.swimforwestpapua.com/>, Facebook und Twitter-Account der Free Westpapua Campaign, <https://www.theguardian.com/world/2017/sep/27/banned-west-papua-independence-petition-un>, <https://www.bennywenda.org/>, Westpapua Netzwerk online)



Versagendes Gesundheitssystem

Westpapua: Papuanische Menschenrechtsaktivisten meldeten das Versagen des Gesundheitssystems in den Bezirken Semenage und Werima des Landkreises Yahukimo im zentralen Hochland der Provinz Papua. Zwischen Mai und August 2017 starben 38 Dorfbewohner aufgrund von unbehandelten Erkrankungen – eine genaue Diagnose ist bisher nicht bekannt. Dorfbewohner gaben an, dass alle Opfer ähnliche Symptome aufwiesen, darunter Husten, Schnupfen, Durchfall, hohes Fieber und Schmerzen im Lendenbereich. Die Kliniken (PUSKESMAS) und Gesundheitsstationen (PUSTU) in beiden Bezirken sind seit Jahren nicht in Betrieb. Es gibt weder Personal noch Medikamente in den Einrichtungen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes der Provinz Papua, Aloysius Giyai, bestätigte die Zahl der Todesopfer. Nach Angaben des Gesundheitsamtes forderte die Gesundheitskrise das Leben von 22 Männern und 16 Frauen. Laut Aloysius Giyai erkrankten die Opfer an Bronchopneumonie, Tuberkulose und weiteren Bronchieninfektionen sowie an Durchfall, Malaria und HIV/Aids. Erkrankte Dorfbewohner waren gezwungen, einen mehrtägigen Marsch durch den unwegsamen Hochlandregenwald in Kauf zu nehmen, um in die Hochlandstadt Wamena zu gelangen, wo sich ein funktionierendes staatliches Krankenhaus befindet. In manchen Dörfern, z.B. in Wesagelap, war die lokale

Gesundheitsstation bereits vor vier Jahren geschlossen worden.

Einheimische Medien berichten zudem über den Tod von 37 Dorfbewohnern zwischen Januar und April 2017 im Bezirk Awena im Landkreis Lanny Jaya, Provinz Papua. Die Ursache für die Todesfälle waren angeblich schwere Durchfallerkrankungen, die sich in den Dörfern Tinggira, Nambu-me, Eyumi, Uragabur, Yugimia und Indawa durch verseuchtes Trinkwasser ausbreiteten.

Info: Die Provinzen Papua und Papua Barat gehören zu den Regionen mit der höchsten Kindersterblichkeit in Indonesien. Die Qualität der Gesundheitsdienste ist in beiden Provinzen erschreckend niedrig. Die medizinische Ausrüstung, das medizinische Personal und die Hygiene dortiger Gesundheitseinrichtungen entsprechen nicht internationalen Gesundheitsstandards. Beide Provinzen erhalten aufgrund ihres Sonderautonomiestatus ("Otsus") mehr finanzielle Mittel für die Verbesserung des Gesundheitssystems als andere Provinzen in Indonesien. Darüber hinaus erhält jeder Landkreis Zuschüsse vom nationalen Gesundheitsministerium und den Kommunalverwaltungen für den Ausbau und die Instandhaltung von Gesundheitseinrichtungen. (*Westpapua-Netzwerk online 31.10.17*)

Landrechtskonflikte mit Palmöl-Firma

Westpapua: Die Nichtregierungsorganisation *Pusaka* berichtet, dass es im Metamani Distrikt im Landkreis Sorong Selatan der Provinz Papua Barat zu mehreren Fällen von Einschüchterung und Polizeigewalt gegen indigene Landbesitzer im Dorf Puragi kam, nachdem der Palmölproduzent *PT Permata Putera Mandiri* (PPM) wiederholt seine Plantage illegal erweitert hat. Die indigenen Landbesitzer hatten eine "Blockade" errichtet, nachdem das Unternehmen seit Anfang September 2017 Waldflächen jen-

seits der Grenzen ihres Konzessionsgebiets geräumt hatte. Das Unternehmen hatte trotz des Verstoßes kein Treffen mit der Dorfgemeinde organisiert, um über eine Entschädigung für den Verlust von Land und Wald zu verhandeln, welche eine wichtige Lebensgrundlage für die indigene Gemeinschaft darstellen. Die Palmöl-Firma hatte sämtliche Forderungen der Dorfgemeinde ignoriert und die illegale Räumung von Waldflächen fortgesetzt.

Laut *Pusaka* wurden Anfang Oktober mindestens drei indigene Landbesitzer, die gegen die Verstöße des Unternehmens protestiert hatten, von Polizeibeamten der Spezialeinheit Brimob eingeschüchert. (*Westpapua Netzwerk online 4.12.17*)

† Nicolaas Jouwe

Indonesien: Am 16. September 2017 starb in Indonesiens Hauptstadt Jakarta im Alter von 93 Jahren der ehemalige Vize-Präsident des Neuguinea-Rates (Nieuw Guinea Raad), der die niederländische Kolonie Westpapua seit Oktober 1961 regierte und das Land auf die Unabhängigkeit von den Niederlanden im Jahr 1970 vorbereiten sollte.

Der Politiker verließ nach der umstrittenen Annexion Westpapas als indonesische Provinz im Mai 1963 das Land und ging mit seiner Familie ins Exil in das niederländische Delft. Von hier aus engagierte er sich zeit seines Lebens für ein freies und selbstbestimmtes Papua. Trotz seiner Aussage, nie wieder nach Indonesien zurückkehren zu wollen, folgte der von der niederländischen Königin mit dem Ritterorden für seine Verdienste um die Papuas ausgezeichnete Jouwe 2009 einer Einladung der indonesischen Regierung zum Besuch seiner ehemaligen Wirkungsstätte. 2010 siedelte er dann ganz nach Westpapua um, wo er 1924 in Jayapura zur Welt gekommen war und nun auch begraben liegt. (*Radio NZ Intern. 18.09.17, Wikipedia*)

AUSTRALIEN

Investitionen in Fidschi

336 australische Firmen haben sich zwischen 2010 und 2016 in Fidschi registrieren lassen. In diesen arbeiten rund 1.500 Fidschianer in den Bereichen Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Baugewerbe. Das gab der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama Mitte Oktober im Rahmen des 23. *Australia-Fiji Business Council Forum* in Sydney (Australien) bekannt.

Die australischen Geschäftsleute hätten Fidschi als interessanten Firmenstandort erkannt. Mit einem Umsatz von insgesamt 680 Millionen US-Dollar in den letzten sechs Jahren trüge Australien auch entscheidend zum wirtschaftlichen Wachstum teil, erklärte Bainimarama. Die Australier hätten Fidschi endlich als lohnendes Land für Investitionen wahrgenommen. „*Fiji is more than just a place to kick-back and enjoy paradise*“, sagte Fidschis Premier auf dem zweitägigen fidschianisch-australischen Wirtschaftsgipfel im *Hotel Intercontinental*. Das Treffen stand unter dem Leitwort: „*Australia and Fiji: Exploring Business Opportunities Together*“. (*Fiji Times 13.10.17, https://afbc.org.au/*)

Gericht hebt Demonstrationsverbot auf

Der Oberste Gerichtshof von Australien (High Court) hat entschieden, dass die Einwohner von Tasmanien gegen jede Form von Umweltzerstörung straffrei demonstrieren dürfen. Ein von dem tasmanischen Premierminister, dem Rechtsanwalt William Edward Felix Hodgman, nach seinem Amtsantritt im Jahr 2014 eingeführtes Demonstrationsverbot gegen Abholzungsfirmen ist damit wirkungslos. Geklagt hatten

Mitglieder der *Bob Brown Foundation*, einer Umweltschutzorganisation unter Leitung des ehemaligen Grünen-Vorsitzenden und Allgemeinmediziners Bob Brown. Sie hatten gegen die Abholzung des rund 49 Hektar großen Regenwaldgebietes *Tarkine Forest* im nordwestlichen Tasmanien und der dort wachsenden riesigen Eukalyptus-Bäume durch die staatseigene Abholzungsfirma *Sustainable Timber Tasmania* protestiert.

Der *Tarkine Forest* wurde vom *Australia Heritage Council* aufgrund der Vielzahl an archäologischen Fundstätten der Aborigines als besonders schützenswert klassifiziert. Für die Aborigines hat der Regenwald auch große spirituelle Bedeutung.

Info: Die 68.400 Quadratkilometer große Insel Tasmanien mit ihrer Hauptstadt Hobart liegt 240 Kilometer südlich des australischen Festlandes. Zum Bundesstaat Tasmanien gehören neben der Hauptinsel auch mehrere unbewohnte kleinere Inseln. Insgesamt lebt ca. eine halbe Million Menschen in Tasmanien. Etwa ein Viertel des Bundesstaates ist als UNESCO-Weltnaturerbe ausgewiesen, zu 40 % besteht Tasmanien aus Nationalparks. (<http://www.bobbrown.org.au/>, <https://www.sttas.com.au/>, Wikipedia)

Uluru-Aufstieg ab Oktober 2019 verboten

Ab dem 26. Oktober 2019 wird der Aufstieg auf den Uluru (Ayers Rock) in der zentralaustralischen Wüste verboten. Das haben im November 2017 Älteste der dort ansässigen Aborigine-Gemeinden und Vertreter der Nationalpark-Behörden des Uluru-Kata-Tjuta-Nationalparks einstimmig beschlossen. Genau 34 Jahre, nachdem die Aborigines am 16. Dezember 1976 ihre Landrechte über den 350 Meter hohen Inselberg zurückerhielten, wird der Aufstieg nun untersagt. Man habe sich extra auf ein Datum in zwei Jahren geeinigt, da-

mit Reisende, die ihre Australienreise bereits geplant hatten, noch einmal auf den drei Kilometer langen und bis zu zwei Kilometer breiten Berg aufsteigen könnten. Auch bliebe so genug Zeit für alle diejenigen, die schon immer einmal den Berg besteigen wollten, es bisher aber noch nicht geschafft haben.

Wie bereits in diesem Jahr, soll der Aufstieg jedoch nur an ausgewählten Tagen in den kommenden beiden Jahren bis zur Schließung möglich sein.

Info: Auf Grund seiner spirituellen Relevanz für die Traumzeit-Erzählungen gilt der Uluru den lokalen Aborigines als heiliger Berg. Im Gebiet des Berges leben seit mehr als 10.000 Jahren die Anangu. 1873 entdeckte ihn William Gosse als erster Europäer auf einer Expedition mit Peter Warburton und benannte ihn nach dem damaligen südaustralischen Premierminister Henry Ayers *Ayers Rock*. (SBS 01.11.17, <https://parksaustralia.gov.au/uluru/index.html>)

SPORT

Australien qualifiziert sich für Fußball-WM

Australien: Als einziges pazifisches Land hat sich Australien zur Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft vom 14. Juni bis zum 15. Juli 2018 in Russland qualifiziert. Damit nimmt Australien bereits zum fünften Mal an einer WM-Endrunde teil.

Die „Socceroos“ um den Bundesliga-Profi Mathew Leckie vom Verein *Hertha BSC* qualifizierten sich nach einem torlosen Hinspiel durch ein 3:1 im Playoff-Rückspiel im australischen Sydney gegen die Mannschaft aus Honduras.

Bis zu den Play-offs im November hatte auch Neuseeland auf einen Platz bei der WM gehofft, jedoch im entscheidenden Spiel mit 0:2 Toren gegen Peru verloren. Alle anderen pazifischen Mannschaften waren schon in den Vorrunden ausgeschieden.

Info: In der Ozeanien-Qualifikation waren 0,5 Plätze für die Endrunde der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Russland 2018 zu vergeben.

(<http://de.fifa.com/worldcup/preliminaries/occeania/index.html>)

All Blacks Flügelspieler ausgezeichnet

Rieko Ioane aus Neuseeland ist der Gewinner des diesjährigen *World Rugby Breakthrough Players Award* des Jahres 2017.

Der schnelle 20-Jährige war einer von drei Spielern - neben dem Argentinier Emiliano Boffelli und dem Franzosen Damian Penaud – auf der Nominierungsliste für den Preis, der am 26. November in Monaco verliehen wurde.

Ioane hat einen atemberaubenden Aufstieg im Jahr 2017 hingelegt. Er verdrängte Star-

Flügelspieler Julian Savea von der linken Flanke und erzielte acht Testversuche. Der 1,89 m große Neuseeländer spielte in zwei britischen und irischen Lions-Tests, punktete zweimal im ersten Test und spielte in fünf der sechs Rugby-Meisterschaftsspiele der neuseeländischen Rugby-Mannschaft *All Blacks*.

„Die *Breakthrough-Spieler*-kategorie ist immer interessant, denn sie gibt uns eine Vorschau auf das, was junge Talente da draußen haben und wer die zukünftigen großen Namen des Spiels sein werden“, sagte der Weltrugby-Vorsitzende Bill Beaumont.

Um förderfähig zu sein, müssen Spieler weniger als ein Jahr *Senior Test Rugby* gespielt haben. Ioane hatte sein *All Blacks* Debüt im vergangenen November.

2016 hatten England und Lions Maro Itoje den Preis gewonnen. (Artikel von Marius Reindl. *NZ Herald* 24.10.2017, <https://www.worldrugby.org/awards>)

Tennis: Ex-Champion kehrt zu ASB Classic zurück

Australien: Der zweifache Weltmeister John Isner kehrt zum ASB Classic-Turnier nach Auckland zurück.

Der 32-Jährige behauptete 2010 und 2014 den ASB Classic-Titel und hat bei allen drei anderen Auftritten mindestens das Viertelfinale erreicht.

Derzeit auf Platz 16 der Welt, gewann Isner zwei ATP-Tour-Titel (Newport und Atlanta) im Jahr 2017 und hatte Halbfinal-Auftritte bei den Veranstaltungen in Rom und beim Cincinnati Masters.

„Auckland wird immer einen besonderen Platz in meinem Herzen haben, dort habe ich meinen ersten ATP-Titel gewonnen. Ich liebe Auckland, ich habe dort immer gut gespielt und kann es kaum erwarten, 2018 wieder dort zu sein“, sagte Isner.

„Er wird am Ende des Jahres in der Top Ten der Weltrangliste

sein und das ist natürlich großartig für den ASB Classic. Wir wollen Top-Ten-Talente, und es bleibt noch ungewiss, ob der große Kerl unser Top-Starter für 2018 sein wird.“, erklärte ASB Classic-Turnierdirektor Karl Budge.

Das Herren-Turnier findet vom 8. bis zum 13. Januar 2018 statt. (Artikel von Marius Reindl. *NZ Herald* 12.10.2017)

Rugby-Basiccamp im Gateway Hotel

Papua-Neuguinea: Das Kumuls Camp im *Gateway Hotel* in Port Moresby ist ein besonderer Ort für die Spieler der neuguineischen Rugby-League-Nationalmannschaft „Kumuls“. Bei einer Preetour stellten der Assistententrainer und die ehemaligen PNG-Kumuls-Spieler, Stanley Tepend und John Wilshire, das Hotel vor und zeigten, wo die Kumuls für die Dauer der Rugby-League-Weltcup-Pool-Phase untergebracht sein werden.

Das Camp beherbergt die Spieler, einen Konferenzraum, wo sie Meetings und Video-Sitzungen abhalten können, Büros für Coaching-Mitarbeiter, ein Ärzteteam und Manager, ein Fitnessstudio und Zimmer zum Schlafen. „Das Team des PNG Kumuls World Cup wird hier in der Zentrale bleiben. Wir haben eine Menge Fotos von ehemaligen Kumuls und auch solche von aktuellen Spielern hier im Hotel“, sagte Tepend. „Hier bei uns ist es wichtig, dass sich die Kumuls beim Eintreten wohlfühlen, die Geschichte des Teams kennenlernen und in einer geeigneten Umgebung leben. Wir wollen sicherstellen, dass sie sich so wohl fühlen wie möglich, und all ihre Bedürfnisse mit voller medizinischer Unterstützung und Physiotherapie gedeckt werden.“, erklärte Ex-Spieler Wilshire. (Artikel von Marius Reindl, *The National* 23.10.2017)

Wechsel in Rugby-Liga

Papua-Neuguinea: Helen Abau hat sich als Doppel-Nationalspielerin für Papua-Neuguinea in der Rugby-League und der Rugby-Union einen Namen gemacht. Die 26-jährige Abau, eine aktuelle Palais-Rugby-Union-Spielerin, wechselte in die Rugby-Liga und wurde von Trainer Dennis Miall in die 24-köpfige Weltcup-Mannschaft aufgenommen, die am 13. November in Sydney antrat.

Abau stammt von Yule Island. Sie hatte Papua-Neuguinea in der Frauen-Siebener-Rugbymannschaft von 2014 bis zu diesem Jahr vertreten.

Der Gewinn im World-Cup-Warm-Up-Spiel letzten Monat in Innisfail, Queensland, war eine große Motivation für das Team, aber trotzdem gibt es noch viel Arbeit für die Frauen-Rugby-Liga in PNG. (Artikel von Marius Reindl. *The National* 25.10.2017)

Cricket: Bezirks-Schlagmann bricht 136 Jahre alten Rekord

Neuseeland: Der Bezirks-Schlagmann Brad Schmulian hat am 25. Oktober einen 136 Jahre alten heimischen Cricket-Rekord mit einem starken Durchgang gebrochen.

Schmulian schlug 203 von 207 Bällen in einer erstklassigen Auf- führung und brach damit den Jahrhundertrekord bei seinem Debüt in Neuseeland.

Der 27-jährige Schmulian wurde in Südafrika geboren und hat in den letzten Jahren in Neuseeland in der australischen Cricket-Liga gespielt. Er zog von Auckland nach Hawke's Bay, um es mit den *Central Districts* zu versuchen.

Mit seinem Rekord übertraf er George Watson, der 1881 für Canterbury 175 Treffer abschoss. (Artikel von Marius Reindl. *NZ Herald* 25.10.2017)

„TOK BILONG PASIFIK“

Preisregen für „Te Vaka“

Neuseeland: Die neuseeländische Musikgruppe „Te Vaka“ und einzelne ihrer Mitglieder sind in den letzten Monaten vielfach ausgezeichnet worden. Bandleader Opetai Foa'i, ein gebürtiger Tuvaluer-Tokelauer, gewann im November den *International Achievement Award* bei der Verleihung des *Vodafone New Zealand Music Awards*. Bereits Anfang des Jahres hatte er bei den *Pacific Music Awards* einen Sonderpreis für herausragendes musikalisches Engagement bekommen.

Die Sängerin Olivia Foa'i gewann für den in samoanischer Sprache gesungenen Titelsong „Tulou Tagaloo“ aus dem Disney-Film „Moana“ (deutsch: Vaiana) den Preis in der Kategorie *Best Pacific Language Award*.

Die Managerin der zwölköpfigen Gruppe aus Tänzern, Sängern und Musikern, Julie Foa'i, wurde mit dem *International Achievement at the Music Managers Award* geehrt.

Das Album zu dem Film „Moana“ bekam den ersten Preis „Top Soundtrack“ bei den diesjährigen *American Music Awards*. Dieser bedeutendste amerikanische Musikpreis wurde am 17. November in Los Angeles verliehen.
(<https://www.theamas.com/>,
<http://www.tevaka.com>)

Melbourne unter Top 5 der sichersten Städte

Australien: Im „*Safe Cities Index 2017: Security in a rapidly urbanising world*“ des Wirtschaftsmagazins *The Economist* belegt die Hauptstadt des australischen Bundestaates Victoria, Melbourne, Platz fünf hinter Tokio, Singapur, Osaka und Toronto. Nach Amsterdam auf dem sechsten Platz folgt Sydney auf Platz sie-

ben. Als sicherste deutsche Stadt wurde Frankfurt/M. auf Platz elf gewählt. Am unsichersten ist laut Index auf Rang 60 die Stadt Karachi in Pakistan.

Info: Im „Safe Cities Index“ werden 60 Städte weltweit in vier Kategorien bewertet: 1) Persönliche Sicherheit: Welche Gefahr geht von Gewaltverbrechen und Terrorismus für den Bürger aus? 2) Digitale Sicherheit: Wie hoch ist die Gefahr von Cyber-Attacken? 3) Infrastrukturelle Sicherheit: Wie sicher sind Straßen, Brücken und Gebäude im Falle von Naturkatastrophen? 4) Gesundheitliche Sicherheit: Wie ist der Zugang zu medizinischer Versorgung?

(<http://safecities.economist.com/safe-cities-index-2017>, *Australien Newsletter* 26.10.17)

Neue Rattenart entdeckt

Salomonen: Im September haben Wissenschaftler auf den Salomonen eine neue riesige Rattenart entdeckt. Die „*Uromys vika*“ ist annähernd einen halben Meter lang, bis zu einem halben Kilo schwer und hat einen langen, haarlosen und schuppigen Schwanz.

Die Wissenschaftler hatten jahrelang nach der Riesenratte gesucht, gab es doch bei den Einheimischen Gerüchte um deren Existenz. Nun fanden sie ein einziges Exemplar auf der Insel Vangunu. Tyrone Lavery und Hikuna Judge vom *Field Museum of Natural History in Chicago* (USA) haben die Ratte entdeckt.

Die Vika ist die erste Nager-Art seit 80 Jahren, die auf einer pazifischen Insel neu entdeckt wurde. Das Tier stellten die beiden Forscher ausführlich im „*Journal of Mammalogy*“ (Nr. 16, 27. September 2017) vor. Dabei wiesen sie auch auf die akute Bedrohung der nur auf Vangunu endemischen Riesenratte hin: In dem nur 81 Quadratkilometer großen Verbreitungsgebiet auf der Insel wird der Regenwald rapide abgeholzt, die Zerstörung des Lebensraumes könnte zum endgültigen

Aussterben der Rattenart aus der Gattung der Mosaikschwanz-Riesenratten führen.

(*Web Magazin* 27.09.17, *Wikipedia*, <https://academic.oup.com/jmammal/advance-article-abstract/doi/10.1093/jmammal/gyx116/4237566?redirectedFrom=fulltext>)

Doku über James Cooks Reisen

250 Jahre nach der ersten Reise des britischen Kapitän James Cook in den Pazifik wird es im nächsten Jahr 2018 im neuseeländischen Fernsehen eine sechsteilige Dokumentation zu den drei Reisen Cooks geben. Dazu hat sich der bekannte Schauspieler und Regisseur Sam Neill (geboren 1947 in Irland, 1954 nach Neuseeland ausgewandert) auf Spurensuche in den Pazifik begeben und die Inseln und Orte besucht, an denen Cook im Verlauf der Reisen war. Dazu bezieht das Filmteam nach eigenen Angaben auch das umfangreiche Logbuch von Cook mit in das Drehbuch ein. So hat das Team bereits eine Folge der Serie auf Tonga abgedreht, wo Cook auf seiner ersten Reise 1773 fünf Tage verbrachte.

Die sechs 50-minütigen Folgen „*Uncharted with Sam Neill*“ laufen 2018 im *Foxtel History Channel*.
(*Matangi Tonga* 07.10.17,
<https://www.screenaustralia.gov.au/the-screen-guide/t/uncharted-with-sam-neill-2018/35638/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten für diese Aufgabe hat erstellt: Marius Reindl, FSJ'ler bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Partnerschaftsabkommen zwischen Bayern und Papua-Neuguinea

„Walking side by side – Miteinander und nebeneinander Gehen“: Das ist der Geist, den die Partnerschaftvereinbarung zwischen den lutherischen Kirchen Bayerns (ELKB) und Papua-Neuguineas (ELC-PNG) atmet, die am 30. November 2017 auf der in Amberg stattfindenden Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern unterzeichnet wurde. Darin wird von beiden Seiten die lange Geschichte der Partnerschaft gewürdigt und die Eckpunkte zukünftiger Zusammenarbeit werden festgehalten. „Besonders wichtig ist dabei, dass wir einander als unterschiedliche, aber gleichwertige Partner ansehen“, erklärte Hanns Hoerschelmann, Direktor von Mission EineWelt, des Centrums für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Der Text sei kein minutöser Zeit- und Aufgabenplan, sondern „eine Wanderkarte, die beide lesen können“ und „ein Beispiel für interkulturelle Arbeit“.

Die Unterschrift der Bischöfe Jack Urame (ELC-PNG) und Heinrich Bedford-Strohm (ELKB) unter die Partnerschaftvereinbarung dokumentiert nun ganz offiziell die lange Geschichte der Partnerschaft mit Papua-Neuguinea, die 1886 mit der Aussendung von Johann Flierl ihren Anfang nahm. „Das bedeutet nicht, dass wir etwas neu anfangen, sondern es ist ein wichtiges Zeichen unseres gemeinsamen Weges“, betonte Jack Urame.

Partnerschaft sei ein fortwährender Prozess und müsse „immer wieder erneuert und gestärkt“ werden.

Getragen vom Anspruch, „weiterhin im wechselseitigen Lernen und in gemeinsamer Arbeit aufmerksam und vertrauensvoll miteinander“ umzugehen und „füreinander da“ zu sein, werden Eckpunkte und Ziele der Partnerschaft definiert: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern soll gestärkt, „die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und die Gefahren für die Zukunft unserer globalisierten Welt“ sollen bekämpft und der Dialog ebenso wie das friedliche Miteinander von „Menschen unterschiedlichen Glaubens“ sollen gefördert werden. Weitere Prioritäten sind das Eintreten für die Einhaltung der Menschenrechte, die Anwaltschaft für die, die ihrer (Menschen-)rechte beraubt sind, sowie der Kampf „gegen Korruption in der Gesellschaft insgesamt“.

Mit der Partnerschaftvereinbarung geht es laut Hanns Hoerschelmann vor allem darum, den Umbruch und Neuanfang in der ELC-PNG unter dem 2016 gewählten Bischof Jack Urame durch ein „Zeichen der Verlässlichkeit“ zu unterstützen und gleichzeitig zu betonen, „dass die großen Ziele wie Frieden, Verständigung und Entwicklung nur in einem weltweiten Miteinander zu erreichen sind“. (Pressemitteilung Thomas Nagel, Mission EineWelt, 30.11.17)

„Beten alleine reicht nicht“

Kämpferisch zeigte sich Bischof Jack Urame in seiner Rede bei einem Studiennachmittag im Tagungszentrum von Mission EineWelt in Neuendettelsau am 17. November 2017. Vor rund 120 ZuhörerInnen mahnte der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea eine engagierte Ausgestaltung des kirchlichen Auftrags an: „Es ist möglich, die Welt zu verändern. Wir sollten noch lauter dafür eintreten“, forderte

der 49-Jährige, der beim Eröffnungsgottesdienst der Herbstsynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche am 26. November 2017 in der Evangelischen Christuskirche Sulzbach-Rosenberg auch die Predigt hielt.

Die „Faktoren, die zu Konflikten und Leid führen“, seien „überall offensichtlich“, sagte Jack Urame gleich zu Beginn seiner Rede. Als Grundproblem identifizierte der Pfarrer, der zwischen 2001 und 2006 als Austauschpfarrer in Bayern arbeitete, das „Fehlen von Gleichheit und Gerechtigkeit“. Der Kapitalismus habe viel Ungleichheit geschaffen. Letztere sei so groß, dass Einigkeit und Versöhnung schwer zu bewerkstelligen seien. „Wir haben Systeme geschaffen, die uns eigentlich helfen sollten. Jetzt leiden wir unter diesen Systemen“, brachte der Bischof der lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea den aktuellen Zustand der globalen Gesellschaft pointiert auf den Punkt.

Die Lösung liegt aus seiner Sicht, ebenso wie der daraus resultierende Kernauftrag der Kirche, auf der Hand. „Es ist genug für alle da. Das Problem ist die Verteilung“, benannte Urame das wohl grundlegendste gesellschaftliche Dilemma weltweit. Aufgabe der Kirche sei es, „daran Kritik zu üben und den Armen zu helfen“.

Resignativen Tendenzen erteilte Urame eine deutliche Absage. Es reiche nicht zu sagen, Ungleichheit und Ungerechtigkeit seien „Teil unserer Natur“. Ebenso wenig genüge es, dafür zu beten, dass sich am Zustand der Welt etwas ändere. „Die Kirche muss für Gleichheit und Gerechtigkeit kämpfen. Ihre Stimme muss gehört werden.“

Neben einer gründlichen Analyse von konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Kirchen und einem konstruktiven innerkirchlichen und ökumenischen Dialog forderte Urame auch den Schulterschluss mit anderen politischen und gesellschaftlichen AkteurenInnen, die sich für die glei-

chen Ziele einsetzen. „Jeder Mensch soll sein Leben genießen können und gerne leben – dieses fundamentale Prinzip sollte uns leiten und bewegen“, betonte Urame. (Pressemitteilung Thomas Nagel, Mission EineWelt 20.11.17)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Neuer Bischof aus Westpapua

Indonesien: Mehr als 11.000 Bischöfe, Priester und weitere Gläubige versammelten sich am 23. September zur bischöflichen Ordination des Bischofs Adrianus Sunarko aus der Diözese Pangkal-Pinang auf Indonesiens Bangka-Belitung-Inseln.

Der Papst ernannte den Priester, welcher der franziskanische Provinzialvorgesetzte und der Präsident der Männerorden von Indonesien war, zum Bischof.

Der Erzbischof Aloysius Sudarso von Palembang, Bischof Yohanes Harun Yuwono von Tanjungkarang und der Franziskaner-Bischof Leo Laba Ladjar aus Jayapura (Westpapua) konzelebrierten bei der Ordinationsmesse im *Depati Amir Stadion* in Pangkal-Pinang.

Der neue Prälat, der die lateinische Verse „Laetentur insulae multae“ (Lass die vielen Inseln froh sein) als sein bischöfliches Motto wählte, zitierte aus dem Buch Jesaja einen Vers.

Bischof Sunarko wurde am 7. Dezember 1966 in Merauke in Westpapua geboren. Er besuchte das St. Peter Canisius Minor Seminar in Mertoyudan, Zentraljava. Dann studierte er Philosophie und Theologie an der Wedhabakti Päpstlichen Fakultät in Yogyakarta. Am 15. August 1994 nahm er das Gelübde als Mitglied des Ordens der Minderbrüder und wurde am 8. Juli des folgenden Jahres zum Priester geweiht. (UCA News 25.09.17)

Papst akzeptiert Rücktritt des „Skandalbischofs“

Indonesien: Papst Franziskus hat den Rücktritt eines indonesischen Bischofs akzeptiert, der von seinen eigenen Priestern beschuldigt wurde, Kirchengelder veruntreut zu haben und eine Geliebte zu haben.

Der Papst nahm am 11. Oktober den Rücktritt von Bischof Hubertus Leteng von Ruteng an und ernannte Bischof Silvester San von Denpasar auf Bali als apostolischen Administrator, bis ein neuer Bischof ernannt wird.

Pater Fabio Salerno, der Interims-Repräsentant des Heiligen Stuhls in Indonesien, bat die Priester, in Brüderlichkeit, Einheit und Harmonie mit dem apostolischen Verwalter zusammenzuarbeiten.

Pater Agustinus Manfred Habur, der Sekretär des Bischofs, sagte, Bischof Leteng habe zehn Tage Zeit gehabt, um seinen Wegzug aus Ruteng vorzubereiten. *„Wo er jedoch hingeht, bleibt das Geheimnis des Vatikans“*, sagte er gegenüber ucanews.com.

Der Vatikan hat keine Gründe für den Rücktritt von Bischof Leteng angegeben. Seitens 69 Priestern gab es jedoch Anschuldigungen, der Bischof habe heimlich 94.000 US-Dollar von der indonesischen Bischofskonferenz und 30.000 US-Dollar aus der Diözese entnommen, ohne einen Rechenschaftsbericht vorzulegen.

Bischof Leteng sagte, dass das Geld verwendet wurde, um die Ausbildung von armen Jugendlichen in den Vereinigten Staaten zu finanzieren. Er versäumte es, weitere Details zu liefern.

Einige vermuteten, das Geld sei an eine Frau gegangen, von der sie behaupten, sie hätte eine Affäre mit dem Bischof gehabt. Bischof Leteng bestritt die Behauptung und nannte sie stets "verleumderisch".

Im August beauftragte der Vatikan den Apostolischen Nuntius, Bischof Antonius Bunjamin Subi-

anto von Bandung, den Fall zu untersuchen. (ucanews.com 13.10.2017)

Bundesrichter: Kindesmissbrauchsklagen gegen Erzbischof bleiben aktuell

Guam: Ein Bundesrichter erklärte, dass die Missbrauchsanklagen gegen Erzbischof Anthony S. Apuron nicht erlassen werden, da die Ansprüche der Kläger weder verjährt sind, noch gegen die ordnungsgemäßen Prozessrechte des Erzbischofs verstoßen.

Der Angeklagte reichte über seine Anwältin, Jacqueline Terlaje, einen Antrag an das Bundesgericht ein, welcher dazu auffordern sollte, ihn zu entlasten. Darin behauptete er, dass die Vorwürfe bereits verjährt seien und außerdem gegen Rechte verstoßen, die das Gesetz von Guam garantiert.

Der amerikanische Richter Joaquin Manibusn Jr. legte eine Empfehlung vor, demnach Apurons Antrag verweigern werden sollte.

Apuron steht derzeit in vier Gerichtsverfahren vor dem Bundesgericht wegen angeblicher Vergewaltigung oder sexuellen Missbrauchs von Altarjungern in den 1970er Jahren. Außerdem durchläuft er eine kanonische Prüfung durch den Vatikan.

Trotz mehrfacher Angebote ließ sich Apuron nicht auf eine außergerichtliche Einigung ein. (Pacific Daily News 27.09.17)

Missbrauchsskandal der katholischen Kirche weitet sich aus

Guam: Bereits im Jahr 1985 wurde ein 15-jähriger Junge in die örtliche Kirche eingeladen, um Gartenarbeit zu tätigen. Die Einladungen in das Haus eines katholischen Priesters führten später zum sexuellen Missbrauch des Jungen.

Auch ein 7-jähriger wurde an seinem siebten Geburtstag zum ers-

ten Mal missbraucht, und daraufhin noch mehr als 100 weitere Male. Ein anderer Junge behauptete, er sei im Auto auf dem Weg zur Beerdigung seiner Großmutter misshandelt worden.

Dies sind nur einige der Vorwürfe in den mehr als 100 Klagen, die im vergangenen Jahr gegen die katholische Kirche auf Guam eingereicht wurden. Es gibt immer neue Anschuldigungen, die auf eine jahrzehntelange systematische Vertuschung von Missbrauchsfällen hindeuten.

In den angeblichen Missbrauch, der sich von der Mitte der 1950er bis Anfang der 1990er erstreckte, sollen bisher 16 Priester, zwei Erzbischöfe und ein Bischof verwickelt sein.

„Es wird weit größer werden als erwartet“, sagte David Lujan, der Anwalt einer Mehrheit von Klägern. Er habe 15 weitere Fälle zu bearbeiten und er bekomme immer mehr Anrufe von neuen Kunden. Er vermutet, dass die Zahl der Kläger auf mindestens 150 steigen wird.

Die Klagen enthalten Vorwürfe von Angriff, Manipulation und Einschüchterung von Kindern. Sie reichen bis zu den höchsten Stufen der katholischen Hierarchie auf der Insel. Die Opfer sprechen davon, dass ihr standhafter Glaube sie anfällig gemacht habe. Einige erklären, sie seien so erzogen worden, den Priester zu respektieren und ihm immer zu gehorchen.

Von den bisher eingereichten 106 Klagen belasten 55 den ehemaligen Priester Louis Brouillard, der Guam jedoch 1981 verließ.

Im vergangenen Jahr wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der Brouillard gesteht, Kinder missbraucht zu haben. Die Kirchenleitung wusste wohl darum, unternahm aber nichts.

Opferanwalt Lujan erklärte, die Kirche habe auf die Vorwürfe mit der Versetzung der Beschuldigten in andere Pfarreien reagiert, wie auch in den USA in derartigen Fällen üblich.

Nach Ansicht des Anwaltes Lujan und vier seiner Kläger richten sich die Vorwürfe bis an die Spitze der katholischen Kirchenhie-

rarchie in Guam. Sogar Erzbischof Anthony Apuron wurde angeklagt, Altarjungen als Pfarrer in den 1970er Jahren missbraucht zu haben.

Im Juni vergangenen Jahres hat Papst Franziskus den Erzbischof ausgesetzt und will ihn durch ein spezielles vatikanisches Verfahren von seiner priesterlichen Funktion entbinden. Allerdings bleibt er technisch Guams Erzbischof.

Lujan sagte, er erwarte in den nächsten Wochen eine Vereinbarung darüber, den Prozess Anfang nächsten Jahres beginnen zu können. (*Radio NZ Intern. 20.09.17*)

Religiöse Führer sollen sich aus der Politik heraushalten

Tonga: Kardinal Mafi von Tonga hat betont, dass religiöse Führer sich nicht in die Politik einmischen sollten. Er sprach auf einem nationalen Dialog zum Thema "Identifizieren von Führungsbeiträgen zu Tongas Reise zu einer demokratischen Gesellschaft".

Er bezog sich auf das späte 20. Jahrhundert, als die Beteiligung der Religionen an der tongaischen Politik zu einer Zeit geschah, als Tonga nach einem demokratischeren Regierungssystem strebte.

Der Kardinal rechtfertigte die Beteiligung von Kirchenführern an der Politik zu der Zeit, indem er sagte, dass, sobald Tongas anfänglicher Anstieg für ein idealisiertes Regierungssystem eine Rolle spielte, sie zurückgetreten seien. Der Kardinal war einer von drei Hauptrednern, die am 3. Oktober bei der Eröffnungssitzung des *National Leaderships Development Forum* von Tonga in der *Epworth Hall* in Nuku'alofa sprachen.

Kardinal Mafi betonte weiter, warum religiöse Führer sich nicht in die Politik einmischen sollten, indem er sie an einen Dialog erinnerte, als einer der Jünger Jesus eine politische Frage stellte. Jesus antwortete, indem er auf eine

Münze deutete, auf der das Bild Cäsars war. "Gib Caesar, was Caesar gehört, und zu Gott, was Gott gehört." - so das Zitat.

Info: Kardinal Soane Patita Paini Mafi wurde 2008 Bischof der Diözese Tonga und Niue und am 14. Februar 2015 zum Kardinal der römisch-katholischen Kirche ernannt. (*Matangi Tonga 05.10.2017*)

Bischöfe fordern Sorge für das Meer und unterstützen indigene Völker in Westpapua

Der Vorstand des Verbandes der katholischen Bischofskonferenzen in Ozeanien traf sich in Auckland (Neuseeland) und veröffentlichte folgende Erklärung:

„Wir kommen aus einer Vielzahl von Inselstaaten aus dem gesamten Pazifischen Ozean. Wir sind froh, hier in Aotearoa zu sein und genießen die Schönheit der Natur und die Gastfreundschaft der Leute. [...]

Ein zentraler Punkt unseres Treffens ist die Sorge um das Meer bei den Völkern, denen wir dienen. Für viele unserer Völker ist das Meer ihre wertvollste Quelle für Nahrung, und Lebensunterhalt.

Wir sind uns der Auswirkungen des Klimawandels auf die Inselstaaten sehr bewusst und einige von uns haben Gemeinschaften besucht und die Zerstörung von Küstenlinien aufgezeichnet, die sie betreffen. Wir sind erfreut über den systematischen und koordinierten Widerstand gegen den Abbau von Ressourcen auf dem Meeresboden.

Unser Interesse an der blauen Wirtschaft besteht darin, ein Modell der Entwicklung aufrechtzuerhalten, das die grundlegende Bedeutung von Nachhaltigkeit respektiert, die weit über alle wahrgenommenen kurzfristigen wirtschaftlichen Unwägbarkeiten hinausgeht. Parlamentsabgeordnete, lokale Gouverneure und andere bürgerliche Behörden haben eine besondere Pflicht, die wirtschaftliche und soziale Ent-

wicklung langfristig zu fördern und wachsam zu sein, wenn es darum geht, unsere gemeinsamen Ressourcen zu nutzen. Wir begrüßen staatliche und private Initiativen, die zur Entwicklung von Wasser-Ökotourismus und nachhaltiger Seefischerei beitragen.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Treffens ist die Existenzgrundlage und kulturelle Integrität der Menschen in Westpapua gewesen. Wir stellen die Forderung nach qualitativ hochwertiger Bildung in Papua, für einen fairen und transparenten Zugang zu Arbeitsplätzen, Ausbildungsprogrammen und Beschäftigung, für die Achtung der Landtitel und für klare Grenzen zwischen der Rolle des Militärs und der Polizeikräfte. Lassen wir uns mit Bezug auf Papst Franziskus inspirieren, der auch unsere Generation daran erinnert, dass unser gemeinsames Zuhause wie eine Schwester ist, mit der wir unser Leben teilen und eine schöne Mutter, die die Arme öffnet, um uns zu umarmen.“ (The Catholic Reporter 09.2017)

Bayerischer Theologe geehrt

Südkorea: Professor Malte Rhinow wurde in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul mit dem diesjährigen Reformationspreis der protestantischen Kirchen in Südkorea ausgezeichnet, der jährlich vom „Korean Council of all the Evangelistic Organizations“ verliehen wird. Der 60-jährige Theologe ist Mitarbeiter bei Mission EineWelt und lehrt als Professor an der Luther Universität im südkoreanischen Yongin.

Das Korean Council of all the Evangelistic Organizations würdigte Rhinow als „Wegweiser für die Reformation der protestantischen Kirchen in Südkorea“. Das habe er insbesondere mit seinem inzwischen in zweiter Auflage vorliegenden Buch „Begegnung mit Luther in Seoul“ erreicht. Darüber hinaus hätten auch seine Reden und Vorträge im Jahr

2017 „das Verständnis von Martin Luthers 95 Thesen für die Reform der Kirchen in Korea vertieft und sie zur Rückbesinnung auf das Wesen der Kirche fruchtbar gemacht“. Ein weiterer Grund dafür, den aus München stammenden Theologen mit dem Reformationspreis 2017 auszuzeichnen, war aus Sicht des Gremiums Rhinows Beitrag zur Reise des Council anlässlich einer Tagung zur Reformation nach Wittenberg. (Pressemitteilung Thomas Nagel, Mission EineWelt 13.11.17)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE29520604100001030108
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

Australien Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • Marianas Variety • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Daily News • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Solomon Islands Broadcasting Association • Tahitipresse • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und
Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de